Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 150 | Gelsenkirchen, Dienstag, den 1. Juli 1930 | 12. Jahrgang

Kundgebung an der Saar

Aus Anlaß der Räumung des besetzten rheinischen und pfälzischen Gebietes wurden Montagabend auch im Saargebiet große Kundgebungen veranstaltet, die die Gefühle für die Rückkehr des Gebietes zum Reich machtvoll zum Ausdruck brachten. Die Feiern begannen mit Glockengeläut sämtlicher Kirchen, an das sich Massenchöre, Platzkonzerte, Ansprachen und gemeinsamer Gesang des niederländischen Dankgebetes schlossen. Ueberall war die Teilnahme der Bevölkerung, die sich durch die reich beflaggten Straßen bewegte, gleich lebhaft. In Saarbrücken hielt Landesratsabgeordneter Kiefer eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Die Freiheit, die dem besetzten Gebiet geworden ist, muß auch dem deutschen Saargebiet bald für immer werden. Wir wollen heim zum angestammten Volk und Vaterland, ungetrennt und ungeschmälert. Das ist der Ruf, der seit Inkrafttreten des Versailler Vertrages im Saargebiet erhoben wurde, von allen Parteien, Ständen und Konfessionen. Ein Volk, das um seine nationale Freiheit kämpft und leidet, hat ein Recht darauf, daß ihm sein gutes Recht ungeschmälert wird, daß ihm keine Opfer abverlangt werden, die sich mit seiner nationalen Ehre und Selbständigkeit nicht vereinbaren lassen und die eine untragbare Einengung seiner eigenen Lebensgrundlagen bedeuten.

Vor Beginn der Kundgebung um 20 Uhr begann auf dem Rathausplatz ein Stafettenlauf der Deutschen Turnerschaft nach Trier, an dem 450 Leute teilnahmen. Sie überbrachten der Stadt Trier einen Glückwunsch der Stadt Saarbrücken.

Der Erfolg des Hakenkreuzes

Von Paul Löbe, Präsident des Deutschen Reichstags

„Wir werden Ihnen schon die Flötentöne beibringen", mit diesem arroganten Zuruf gegen einen Volksparteiler suchte Herr Göbbels die Aufmerksamkeit des Reichstages auf seinen Sachsensieg zu lenken und er bestätigte damit die Tatsache, daß er diesen Sieg nicht gegen den vielgeschmähten „Marxismus", sondern gegen die nationalen Rechtsparteien erfochten hat.

Immerhin, es hieße Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn wir übersehen würden, daß die Zunahme der nationalsozialistischen Wahlstimmen auch für uns ihre Bedeutung hat. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wer einen beträchtlichen Teil der heranwachsenden Wähler an sich zieht. Haben die Hitlergarden uns keine Anhänger abnehmen können, so haben sie doch offenbar unseren Zuwachs weggenommen, und auch das ist bedenklich genug. Wir sollten die Augen nicht davor verschließen, daß es doch ein großer Erfolg ist, wenn eine neue Partei sich in fünfjähriger Arbeit bereits an die zweite Stelle schwingen kann, noch dazu im „roten Sachsen".

Welche Schichten von Wählern können es gewesen sein, die aus der Volkspartei, von den Deutschnationalen, aus der Wirtschaftspartei ins nationalsozialistische Lager abwanderten? Kapitalisten werden es nicht nur sein, dazu sind es zu viele, also müssen wir sie bei den Kleinbürgern, Beamten, Angestellten und leider auch bei den Arbeitern suchen.

Aus welchen Gründen aber werden sie übergelaufen sein? Aus Gegnerschaft gegen den Sozialismus und Marxismus? Nein; denn diese Gegnerschaft konnte sie in ihrem bisherigen Lager ausreichend beziehen. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale haben den ganzen Wahlkampf in Sachsen unter der Parole „Nieder mit den Roten" geführt. Ist es die Gegnerschaft gegen die Republik? Ich glaube, auch das nicht. Denn auch wenn Herr Stöhr im Reichstag nicht die Versicherung wiederholt hätte, daß die erdrückende Mehrheit der Nationalsozialisten Republikaner sind (wenn sie auch „diese Republik" nicht leiden können: eine seltsame Konstruktion!), so trifft es doch auch hier zu, daß die Parteien, denen diese Herren bisher ihre Stimme gaben, aus ihrer Feindschaft gegen die Republik nie ein Hehl gemacht haben. Dasselbe trifft für den Nationalsozialismus zu, den die Herren um Frick und Strasser so laut proklamieren.

Es blieben also nur die sozialen Gründe, mit denen die Nationalsozialisten ihre raschen Erfolge erringen konnten, und wer gesehen hat, wie sie gerade darauf das Hauptgewicht ihrer Agitation legten, der wird an der ausschlaggebenden Bedeutung dieser Motive nicht vorübergehen können. Schwungvolle Reden gegen den Großkapitalismus, obwohl man genug Kapitalisten in den eigenen Reihen hat (etwa hundert Privatautos hielten vor der Hitlerversammlung in Werdau, in der man 3 Mark für einen Sitzplatz verlangte). Anklagen gegen Konzerne und Trusts, gegen ihre Preisbildung und Ausbeutung, Kritik der hohen Pensionen, Gehälter, sonstigen Bezüge — diese Uebelstände, gegen die auch wir uns wenden, fanden den stürmischen Beifall ihrer Versammlungen und ihrer Diskussionsreden in unseren Versammlungen. Es ist die aus anderen Kreisen stammende Kritik am kapitalistischen System, mag sie nun ehrlich gemeint sein oder nicht, welche allein die Erfolge erklärt. Ganz mit Recht hat Genosse Sollmann im Reichstag darauf hingewiesen, die kapitalistische Front wird jetzt von rechts her aufgerollt. Damit entsteht der alten bürgerlichen Partei eine neue Gegnerschaft. An uns liegt es, die richtigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Wir haben erstens die Pflicht, den Wählern zu zeigen, daß sie dabei getäuscht werden, daß die Nationalsozialisten ja praktisch mit den kapitalistischen Parteien gegen die sozialistischen gehen, zuerst in Thüringen, bald auch in Sachsen, und so überall. Herr Feder rühmte sich ja, daß er in Breslau seine Theorien vor einer Versammlung entwickeln konnte, in der sich Graf Zedlitz, Graf Pückler, Herr von Winterfeld, Herr von Richthofen-Boguslawitz, Herr von Eichhorn, Geheimrat Ponfik befanden, alles alte Bedrücker der schlesischen Landarbeiter, die sich in einer „sozialistischen Arbeiterpartei" etwas komisch ausnehmen würden. Das Zusammengehen beim Volksbegehren mit Hugenberg, Max von Schinkel von der Deutschen Bank, Thyssen vom Stahlwerksverband, mit dem Landbund und der Adelsgenossenschaft deutete auch gerade nicht auf antikapitalistische Tendenzen hin.

Aber, wir haben auch für unsere Politik und Taktik Folgerungen aus dem nationalsozialistischen Erfolg zu ziehen. Wir müssen mehr als bisher in der Richtung vorstoßen, in der sie bisher nur Versprechungen gegeben haben. Wir müssen Anträge auf Senkung der Spitzengehälter stellen, wir müssen mit den Diäten mit gutem Beispiel vorangehen. Wir müssen Anträge auf scharfe Kontrolle der Kartelle und Eingriffe des Staates in deren Preisbildung einbringen und die andern zwingen, Farbe zu bekennen. Das wird auch noch anderen Gruppen, zum Beispiel der Wirtschaftspartei und den Bauernvertretern, dienlich sein, die mit ähnlicher Kritik durchs Land reisen.

Dabei winken uns jetzt sogar praktische Erfolge. Halten die Nationalsozialisten ihr Wort, dann können wir ganz krasse Ungerechtigkeiten beseitigen; denn im nächsten Reichstag werden sie vielleicht mit uns und den Kommunisten zusammen eine Mehrheit bilden.

Halten sie ihr Wort nicht — und ich fürchte es — dann wird der Nationalsozialismus für viele, für alle proletarischen und halbproletarischen Wähler, nur ein Durchgangsstadium zum wirklichen Sozialismus, zur Sozialdemokratie sein. Aber nur, wenn wir wirklich mit Kraft und Rücksichtslosigkeit in der oben bezeichneten Richtung vorstoßen.



Reichsfinanzminister Dr. Dietrich.

Die Mängel der Deckungsvorlagen

Unter dem Druck der scharfen Kritik, die die ursprünglichen Finanzvorlagen der Reichsregierung gefunden haben, hat sich das Kabinett zu einer Reihe von Abänderungen verstanden. Dem Verlangen nach größerer Sparsamkeit hat die Regierung insofern nachgegeben, als jetzt statt der ursprünglich vorgesehenen 25 Millionen 100 Millionen an den Ausgaben des Reiches für das Jahr 1930 gestrichen werden. Wo diese Abstriche vorgenommen werden sollen, weiß die Regierung entweder nicht oder will sie nicht sagen. Sie verlangt vielmehr eine Ermächtigung, um diese Abstriche aus eigenem Ermessen vornehmen zu können.

Paragraph 1a der von der Regierung vorgeschlagenen Ergänzung zum Reichshaushalt bestimmt daher:

„Bei den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes sind Beträge in der Gesamthöhe von 100 Millionen Reichsmark abzusetzen, deren Höhe im einzelnen von der Reichsregierung festgesetzt wird."

Zu dieser Ausschaltung des Reichstages liegt keinerlei sachliche Veranlassung vor. Für größere Ersparnisse ist eine Mehrheit im Reichstage leicht zu erzielen. Wenn dennoch die Reichsregierung diese Mitwirkung des Reichstages nicht wünscht, so bleibt nur die Annahme übrig, daß sie die Ersparnisse am Wehretat zu vermeiden wünscht, obwohl sie hier am leichtesten durchzuführen sind. Auch die Deckungsvorlagen sind geändert worden. Die wichtigsten Aenderungen sind:

1. Alle Vorlagen gelten nur bis zum 31. März 1931 und treten dann außer Kraft.

2. Die Reichshilfe erfaßt jetzt nur noch die Beamten und Angestellten von Reich, Ländern und Gemeinden und der übrigen, ganz überwiegend öffentlichen Unternehmungen. Der Steuersatz ist von 4 Prozent auf 2½ Prozent des Gehalts ermäßigt. Die Freigrenze ist von 1200 Mark auf 2000 Mark erhöht. Der Familienstand wird durch Freilassung der Kinderzulagen in Höhe von je 240 Mark berücksichtigt.

3. Die Ledigensteuer ist verschärft worden. Sie besteht aus zwei nebeneinanderlaufenden Maßnahmen, einmal soll der 25prozentige Abschlag wegfallen und außerdem soll von einer bestimmten Einkommenshöhe ab ein 10prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden.

4. Neu ist, daß alle Einkommen über 8000 Mark jährlich einen Zuschlag von 5 Prozent zur Einkommensteuer zu entrichten haben.

Die Befristung aller Deckungsvorlagen soll den vorübergehenden Charakter der Maßnahmen zum Ausdruck bringen. Wenn man auch daran zweifeln kann, ob die Sanierung der Reichsfinanzen in einer so kurzen Frist durchgeführt werden kann, so wird man dennoch gegen diese Befristung nichts einwenden können. Andererseits ist es wichtig, daß die höheren Sätze für die Lohnsteuer nur für acht Monate gelten, weil sie erst am 1. August erhoben werden können. Das trifft auch für die Reichshilfe zu, dagegen werden die Zuschläge zur veranlagten Einkommensteuer für ein ganzes Jahr erhoben.

In dem Hauptstreitpunkt bezüglich der Reichshilfe hat die Reichsregierung nachgegeben und die Absicht, die höheren Angestellten der Privatwirtschaft von der Belastung frei zu machen, fallen gelassen. Daß sie diese Gelegenheit benutzte, um auch die Aufsichtsratsbezüge, die ursprünglich mit herangezogen werden sollten, zu befreien, entspricht nur den Tendenzen innerhalb der jetzigen Regierung. Der Steuersatz ist zwar herabgesetzt, und wenn auch die Freigrenzen erhöht werden sollen, so ist doch die wichtige Forderung nach Staffelung des Steuersatzes entsprechend der Höhe des Einkommens nach wie vor unerfüllt. Vergleicht man die in Aussicht genommene Belastung der Reichshilfe mit der bisherigen Belastung durch die Lohn- bzw. Einkommensteuer, so wird das Unrecht, das darin gegenüber den unteren Beamtengruppen liegt, erst deutlich.

Die unteren Beamten sollen etwa das Doppelte ihrer bisherigen Steuerbelastung tragen, während die der oberen Beamten bis auf ¼ der bisherigen Belastung sinkt.

Dieses Unrecht wird umso stärker empfunden werden, wenn es bei den hohen Einkommen über 8000 Mark jährlich bei dem vorgesehenen Zuschlag von 5 Prozent der Einkommensteuer bleibt. Voraussetzung für eine Sonderbelastung der Beamten muß sein, daß zuvor alle anderen Steuerquellen restlos ausgeschöpft

47.

werden, soweit das ohne Gefährdung der Wirtschaftslage geschehen kann. Ein fünfprozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer dürfte bei Einkommen von 10 000 Mark etwa 50 Mark betragen, dieselbe Summe aber zahlt ein Beamter schon für je 2000 Mark seines Einkommens. Die Belastung des Beamten ist also um ein vielfaches höher als bei den hohen Einkommen, von denen doch in der Regel auch gesagt werden kann, daß sie sichere Einkommen sind und die außerdem ihrem Besitzer eine Lebenshaltung gewährleisten, bei der Einschränkungen viel leichter möglich sind, als bei den festen Gehältern der großen Masse der Beamten.

Eine besonders komplizierte, unsoziale und grundsätzlich falsche Regelung aber ist für die Ledigensteuer beabsichtigt. Daß jemand ledig ist, ist in der Regel kein Maßstab für eine besondere Leistungsfähigkeit, vielfach ist Lohn oder Gehalt bei den Verheirateten höher als bei den Ledigen und zwar nur deshalb, weil sie verheiratet sind. Umgekehrt sind die Löhne für die Frauen so niedrig, weil sie ursprünglich nur für ledige weibliche Arbeitskräfte bestimmt waren. Dagegen sind die Ausgaben eines Ledigen oftmals höher als die eines Verheirateten.

Der Hinweis der Regierung, daß ein Ausgleich der Belastung durch Zölle und Verbrauchssteuern notwendig sei, spricht nicht für, sondern gegen die Ledigensteuer. Der Verheiratete kann sich oftmals einer solchen Belastung eher entziehen als der Ledige, der auf Gaststätten angewiesen ist. Vor allem aber ist diese Steuer eine Ausnahmesteuer gegen die weiblichen Arbeitskräfte, die jetzt bereits geringeren Lohn haben, höhere Steuerlasten tragen und nun noch einmal empfindlich getroffen werden. Am unsozialsten ist die Ledigensteuer für jene Kategorien von Ledigen, die Familienangehörige zu unterhalten haben, aber auch für solche, die völlig allein dastehen und jedem Schicksalsschlag aus eigener Kraft begegnen müssen. Die Verschärfung der Ledigensteuer ist ein besonders trübes Kapitel. War auch der 25prozentige Abschlag, der auf Grund der Lex-Brüning durchgesetzt worden ist, für die unteren Lohn- und Gehaltsempfänger keine sehr erhebliche Minderung ihrer Steuerbelastung, so wird seine Beseitigung doch besonders schmerzlich empfunden werden in einer Zeit, in der der Lohn vermindert wird, in der die Sozialleistungen eingeschränkt und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden. Der ledige Arbeiter wird gleichzeitig von mehreren Seiten belastet, so daß alle Belastungen zusammen sehr viel stärker werden, als die kleine Belastung, die den oberen Einkommen zugemutet wird.

In dieser unsozialen Verteilung der neuen Lasten liegt der Hauptmangel der Regierungsvorlagen, ihn zu beseitigen ist jetzt die Hauptaufgabe der werktätigen Bevölkerungsschichten.

Die Angestellten in Aktion

Butab, DWV. und ZDA. gegen den Gehaltsabbau

Butab, D. W. V. und Z. D. A. teilen mit:

Anläßlich der Besprechungen am 30. Juni 1930 in Düsseldorf gaben die Afabund-Angestellten-Organisationen für Nordwest folgende Erklärungen ab:

1. Durch die beabsichtigten Maßnahmen werden die Tarifmindestsätze nicht berührt.
2. In der Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1930 darf kein Arbeitgeber das Einkommen eines Angestellten kürzen.
3. Für Betriebsangestellte, die neben dem Tarif-Mindestgehalt Produktionsprämien beziehen, kommt eine Einkommensverminderung nicht in Frage.
4. Erst ab 1. Januar 1931 darf eine Einkommensverminderung bei den Angestellten vorgenommen werden, die neben dem Tarifmindestgehalt besondere Zulagen besitzen, unter Berücksichtigung des Absatzes 3.
5. Dienstverhältnisse müssen, wenn es sich um eine endgültige Entlassung handeln soll, ungeachtet der Ende Juni 1930 ausgesprochenen Kündigung besonders aufgekündigt werden.

Sozialdemokratische Kritik

an der Novelle zur Krankenversicherung

Berlin, 30. Juni. (Drahtmeldung.)

Im Reichstag nahm heute bei der Fortsetzung der Aussprache über seinen Haushalt der

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

das Wort, um die finanzielle Krise zu besprechen, unter der nicht nur die Arbeitslosenversicherung, sondern mehr oder weniger alle Zweige der Sozialversicherung leiden. Unter Hinweis auf den sehr hohen Prozentsatz, den jetzt schon der deutsche Arbeiter von seinem Lohn an Versicherungsbeiträgen ausgeben muß, bezeichnete der Minister es als unmöglich, die Sanierung der Versicherungen durch weitere Beitragserhöhungen durchzuführen. In diesem Zusammenhang befürwortete der Minister auch die Novelle zur Krankenversicherung, die bisher noch nicht auf der Tagesordnung steht. Bei der Besprechung des Wohnungswesens sprach sich Dr. Stegerwald für eine Begünstigung der kinderreichen Familien und der Neuverheirateten aus. Die Hauptaufgabe sei jetzt die Schaffung billiger Kleinwohnungen.

Abg. Litke (Soz.)

Der Entwurf zur Aenderung der Krankenversicherung ist ein ungeheuerlicher Eingriff in die Rechte der arbeitenden Klasse. Schon jahrelang hat die Unternehmerpresse und haben andere bürgerliche Zeitungen eine Hetze gegen die Krankenversicherung getrieben, in der Regel unter wesentlicher Mitwirkung der Aerzteschaft. Deshalb haben die Aerzte heute kein Recht, jetzt gegen diese Vorlage aufzutreten und von einer Gefährdung der Volksgesundheit zu reden, nachdem sie selbst das Schlagwort von der Begehrlichkeit der Massen verbreitet haben. Ein großer Teil der Vorschläge des Entwurfs stimmt überein mit den Vorschlägen einer

Denkschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände

vom März d. J., darin ist eine Entlastung der Krankenversicherung um 500 Millionen Mark gefordert. Diese Denkschrift beruft sich auf einen Danziger Arzt Dr. Lipp, der in einem Buch geschrieben hat, daß das heutige System Faulenzer, Drückeberger, Simulanten, Ausnutzer und sonstige Schädlinge groß ziehe. Er behauptet weiter, daß tausende junge Leute heute sagen, warum soll ich arbeiten gehen, wenn ich mit dem Stempeln mehr verdiene. Auch der Unfallversicherung wird nachgesagt, daß sie die Leute demoralisiere, sie zu Rentenjägern mache und sogar zur Selbstverstümmelung veranlasse. (Entrüstungsrufe links.) Und wenn diese Denkschrift erklärt, sie wolle an der Sozialversicherung nicht rütteln lassen, so kann man demnach allem Vorhergegangenen nicht glauben. (Sehr wahr links.) Die jetzige Vorlage hat ihr Vorspiel schon in den Aeußerungen des Reichsarbeitsministers und des Abgeordneten Dr. Brauns am 14. Mai im Ausschuß gefunden. Man hat damals davon gesprochen, daß die Ersparnisse aus der Krankenversicherung das Manko bei der Invalidenversicherung, vielleicht sogar bei der Arbeitslosenversicherung, decken sollte. Am Ende kommt heute noch ein Volksparteiler und erklärt, daß diese Ersparnisse sowohl das eine wie das andere Manko decken sollten.

Der Minister behauptet, daß in keinem anderen Lande so viel für Aerzte und Arzneien ausgegeben werde wie bei uns, nämlich fast eine Milliarde in der ganzen Sozialversicherung. Diese Aeußerung muß den Eindruck erwecken, als würde diese Milliarde allein in der Krankenversicherung ausgegeben. (Minister Stegerwald: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich meine die ganze Sozialversicherung.) Der Minister hat weiter erklärt, wenn die Familienhilfe so weiter geht, so würde mehr als die Hälfte des deutschen Volkes keinen Pfennig für Krankenhaus, Arzt und Arznei zu bezahlen haben. Selbst die christlichen Gewerkschaften werden diese Ansicht des Ministers nicht teilen, der doch weiß, daß die Arbeiter und Angestellten die Beiträge bezahlen, also nichts umsonst bekommen.

(Sehr wahr! links.) Auch der Vergleich des Ministers mit den Ausgaben in Amerika ist unzulässig, denn in Amerika hat eine große Anzahl Leute überhaupt keine Versicherung. Es ist ganz klar, daß die Ersparnisse in der Krankenversicherung gemacht werden sollen, um die Finanznot des Reiches zu mildern. Dazu will man also den Kranken ein Notopfer auferlegen, es handelt sich gar nicht um die Beseitigung von Mißständen. Auf der Kundgebung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen hat sogar ein Unternehmer erklärt, daß dieser Entwurf ein Produkt der

Kopflosigkeit der Reichsregierung

ist und daß man durch diese Maßnahme nicht die Arbeitslosenversicherung gesund, aber die Krankenversicherung krank machen werde. (Sehr richtig! links.)

In ihren Beratungsunterlagen gibt die Regierung selbst zu, welch' ungeheure Kosten die Krankheit vorbeugende Arbeit der Krankenkassen verursacht. Sie erkennt selbst an, daß die Jahre des Krieges, der Inflation und der Wirtschaftskrisen erhöhte Fürsorge notwendig gemacht haben, aber dann ist doch gerade die Gegenwart am ungeeignetsten zu Verschlechterungen.

Im Jahre 1914 waren 16,5 Millionen Personen versichert, heute sind es 22 Millionen, also eine Steigerung um den dritten Teil. Es können also die heutigen Ausgaben mit denen von damals nicht verglichen werden. (Minister Stegerwald: Aber 6,3 Prozent gegen 3,5 Prozent Beitrag.) **Ja aber damals gab es noch keine Bäderkuren, keine Erholungskuren, keine medico-mechanische Behandlungsweise, um Krankheiten vorzubeugen usw. Vor dem Kriege waren 4 Millionen Familienangehörige versichert, aber 1928 schon rund 15 Millionen. Wenn die Kosten für Zahnbehandlung gegenüber 1914 um 563 Prozent gestiegen sind, dann kann man natürlich so wie früher die Zähne ziehen anstatt sie zu plombieren, das ist freilich billiger.**

(Sehr gut, links.)

Nach dem Regierungsentwurf soll die Versicherungsberechtigung für alle erlöschen, deren regelmäßiges Gesamteinkommen 8400,— Mark übersteigt. Diese

Angestellten mit 700,– Mark monatlich

haben zum größten Teil Jahre und sogar Jahrzehnte der Krankenversicherung angehört und der Gesetzgeber hat nicht das Recht, diesen Leuten, die nicht versicherungspflichtig, aber dazu berechtigt sind und die zu Gunsten ihrer Familien sparen und den Beitrag zahlen, um diesen Schutz zu bringen. Mit dem Ausscheiden würden alle erworbenen Ansprüche erlöschen. Im übrigen bedeutet chronische Krankheit oder Operation auch für Leute mit 700,— Mark Einkommen eine so schwere Belastung, daß man ihnen die Versicherung nicht nehmen darf.

Die Vorlage will den Grundlohn von 10,— auf 9,— Mark herabsetzen und damit entsprechend auch die Leistungen. Das machen wir nicht mit. Wir werden Erhöhungen auf mindestens 12,— Mark beantragen.

Nach der Vorlage soll das Krankengeld nicht mehr vom vierten Tag an, sondern erst vom vierten Werktag an bezahlt werden und der Sonntag nur dann rechnen, wenn er für den Betreffenden ein Arbeitstag gewesen wäre. Nach dieser Bestimmung kann es bei einer Erkrankung oder einem Unfall, etwa am Weihnachtsheiligabend, wenn dieser auf einen Sonntag fällt, bis zum neuen Jahr dauern, bevor das erste Krankengeld ausgezahlt wird. Diese Regelung ist für uns nicht annehmbar.

Eine Bezahlung von Krankenscheinen

und Arzneien ist 1911 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen abgelehnt worden. Das Zentrum war dagegen. (Minister Stegerwald: Damals kostete die Sozialversicherung 450 Millionen, jetzt 2,5 Milliarden Mark), aber damals kamen sehr viele Beschwerden, zum Beispiel, daß Aerzte untersuchten, ohne daß der Patient überhaupt das Chemisett abzunehmen brauchte. (Heiterkeit.)

Gegen eine Verschärfung der Bestimmungen für die Aerzte, damit nicht soviel unnötige Arzneien verordnet werden, hätte ich nichts, aber deswegen darf man doch nicht diese Bezahlung einführen, die bei ansteckenden Krankheiten, für junge Mütter, für Arbeitslose und Unfallverletzte eine so schwere Belastung bedeutet.

Die Bezahlung der Krankenscheine, auch für die Familienangehörigen, würde etwa bei einer Grippeseuche, wenn vier Familienmitglieder krank sind, 6,— Mark für den Schein erfordern. Wo soll da ein Arbeiter mit 50,— Mark in der Woche hinkommen? Für denselben Versicherungsfall soll die Gebühr nur einmal entrichtet werden, aber ob es derselbe Versicherungsfall ist, kann doch nur der Arzt feststellen und bis dahin müßte zunächst einmal gezahlt werden. Es soll auch so gemacht werden, daß die Krankenkasse die Hälfte der entstandenen

Arzneikosten

erstattet, aber das erfordert neue Verwaltungsausgaben für die Krankenversicherung und es besteht gar kein Grund, das einzuführen.

Wir werden dieser unerhörten neuen Belastung nicht zustimmen, was außerdem ganz Mittellose verhindern würde, den Arzt aufzusuchen und Arzneien zu erwerben.

Der Anspruch soll ruhen, wenn Gehalt oder Arbeitsrente weitergeht. Auch das entspricht den Forderungen der Unternehmerdenkschrift und ist eine reine lohnpolitische Forderung, die an die Stelle rascher Hilfe zur Gesundung der Erkrankten treten soll.

Das Krankengeld soll erst von der 6. Woche an erhöht werden können, und übereinstimmend beschlossen der Unternehmer- und Arbeitervertreter bei 311 Kassen mit 3 120 000 Mitgliedern, ein Krankengeld von 60 Prozent von der ersten Woche an. Alle diese Personen würden nur noch 50 Prozent mindestens bis zur 6. Woche erhalten. Schließlich würde der Entwurf auch noch weiterhin das Bestehen von Innungskassen mit 30 Lehrlingen und 120 Gesellen ermöglichen.

Die Sozialdemokratie steht schützend vor den sozialen Interessen der werktätigen Bevölkerung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird diese Verschlechterung der Reichsversicherungsordnung ablehnen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Hülser (Chr.-nat.) und Dr. Brauns (Zentr.) stimmen dem Arbeitsminister zu.

Rheinland-Kundgebung

Am Schluß der Sitzung kam es aus Anlaß der Rheinlandräumung zu einer feierlichen Kundgebung.

Reichstagspräsident Loebe

gab in einer kurzen Ansprache dem Gefühl der Freude darüber Ausdruck, daß jetzt das letzte Hoheitszeichen fremder Gewalt vom deutschen Rhein verschwunden ist.

Er erinnerte an die Jahre schweren Leidens und Kämpfens, in denen die Bevölkerung des Rheinlandes dem Vaterland unter schweren Opfern die Treue gehalten hat. Er gedachte auch Stresemanns, dem ein grausames Schicksal verwehrt habe, den Tag der Befreiung zu erleben, für die er gekämpft und gestrebt habe. Deutschland sei bereit, so schloß der Präsident, in die große friedliche Familie der Völker Europas einzutreten, aber nicht als entrechtetes oder minderberechtigtes, sondern als gleichberechtigtes Volk unter den Staaten.

Die fast vollzählig anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts, die Abgeordneten und Tribünenbesucher hatten sich während der Rede von den Sitzen erhoben. Die Kommunisten und Nationalsozialisten waren nicht im Saale.

Im Anschluß an die mit großem Beifall aufgenommenen Worte des Präsidenten verlas Vizepräsident Esser einen von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterschriebenen Antrag, der die gesetzliche Festlegung der Westhilfe fordert. Der Antrag soll in der Dienstagsitzung, die um 3 Uhr beginnt, an erster Stelle zur Abstimmung gebracht werden und wird sicher einstimmige Annahme finden. Am Dienstag wird die Beratung des Reichsarbeitsetats voraussichtlich zu Ende geführt werden. Auf der Tagesordnung steht u. a. auch die dritte Beratung der Amnestievorlage.

VEW.-Aktiengesellschaft

Die Umbildung vollzogen

Dortmund, 30. Juni. (Drahtmeldung.) Dem WTB.-Handelsdienst wird berichtet, daß die Umbildung der VEW. G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft, die in der letzten Gesellschafterversammlung mit allen gegen 3 Prozent des Gesellschaftskapitals beschlossen wurde, durch die Neugründung der Aktiengesellschaft erfolgt ist. Die Erhöhung des Aktienkapitals von 60 auf 120 Millionen ist durchgeführt. Den ersten Vorstand bilden Generaldirektor Dr. Fischer und Generaldirektor Dr. Krone, beide zu Dortmund. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, Dortmund und als erster stellvertretender Vorsitzender Direktor Dr. Kehl, Berlin, vorgesehen.

Verfassungswidrig

§ 3 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes

Leipzig, 30. Juni. (Drahtmeldung.) In der Meinungsverschiedenheit zwischen Reich und Thüringen über die Verfassungsmäßigkeit des § 3 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes hat das Reichsgericht zu Gunsten des Reichs entschieden und erkannt, daß der § 3 Abs. 1 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes vom 29. März 1930 mit dem Reichsrecht nicht vereinbar ist. Das Reichsgericht ist in allen Punkten dem Standpunkt des Reichsministers des Innern beigetreten.

15

Nr. 150 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 1. Juli 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

In eigener Sache!

Der Nationalsozialist Dr. Meyer hat sowohl in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung, wie auch in einem Flugblatt Vorwürfer ehrenrühriger Art gegen meine Person erhoben. Nachdem ich ihm durch Einschreibebrief und durch Veröffentlichung des Briefes in der Presse die Quellen angab, an der er die Unhaltbarkeit seiner Behauptungen erfahren konnte, machte er nicht nur von der Möglichkeit, richtige Informationen zu bekommen, keinen Gebrauch, sondern versuchte in einem offenen Brief an die gesamte hiesige Presse seinen Angriff noch mit allgemeinen Behauptungen zu erweitern. In meiner Antwort zeigte ich zwei neue Wege in präziser Form, die Herrn Meyer eine Beweisführung seiner Behauptungen ermöglichten. Ich schlug vor:

Zu 1. Meyer solle in der Stadtverordnetenversammlung einen Untersuchungsausschuß beantragen. Ich würde Sorge tragen, daß Meyers Ein-Mann-Fraktion nicht nur in diesen Ausschuß gewählt, sondern weiter den Vorsitz übertragen bekommen würde.

Zu 2. Oder, Herr Meyer möge seinen Angriff in juristisch faßbarer Form erheben. Dann würde ich Meyer verklagen. In diesem Prozeß könne alsdann „geklärt" werden, und zwar unter Eid.

Nachdem der Nationalsozialist und Hauptmann a. D., der Mann der Ehre und Wahrheit, in der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Juni 1930 einen Untersuchungsausschuß nicht beantragt hat, bleibt ihm nur noch der zweite Vorschlag. Sollte Meyer diesen Weg nicht gehen, so akzeptiert er die zweimal von mir erhobene Brandmarkung des bewußten Verleumders und Ehrabschneiders. Der Volksmund hat dafür einen landläufigen Ausdruck, und der heißt Lump.

Also, Herr Meyer, wenn Sie noch einen Funken Ehrgefühl im Leibe haben, muß Ihre Kneiferei aufhören. In der Oeffentlichkeit sind Sie ohnehin gerichtet.

Gerhard Neysters.

Sonntagsrückfahrkarten nach Hohensyburg

Der Gelsenkirchener Verkehrsverein schreibt uns:

Ab 1. Juli werden beim Bahnhof Gelsenkirchen-Wattenscheid Sonntagsrückfahrkarten nach Hohensyburg ausgegeben. Der Fahrpreis beträgt für die 2. Klasse 3,30 RM, für die 3. Klasse 2,80 RM.

STADTTEIL BUER

Fortschreitende Industriearbeiten auf Hugo 2

Wenn auch der Bau von Wohnungen im hiesigen Stadtteil gegenüber den Vorjahren stark nachgelassen hat, so kann man aber dennoch im Norden der Gesamtstadt eine fortschreitende Industrieneubautätigkeit beobachten. Die Kohle mit ihren verschiedenen Substanzen hat in der letzten Zeit immer größere Bedeutung erhalten. Aus diesem Grunde lassen die Bergwerksverwaltungen fast alle auf ihren Anlagen große Kokereien errichten. Auf Hugo 2 im Ortsteil Hugo mußte die dem Zechenbetrieb vorgenannten Schachtes angegliederte Kokerei im Monat März teilweise stillgelegt werden, weil die Oefen absolut nicht mehr den Erfordernissen der Neuzeit entsprachen. Eine Reihe von Arbeitern der Essener Firma Koppers ist dabei, die alten Koksöfen zu modernisieren. Die Arbeiten werden zur Zeit mit beschleunigtem Tempo durchgeführt, da man die Anlage noch im Herbst in Betrieb nehmen will. Auf der Schachtanlage 1 an der Essener Straße ist man dabei, im Uebertagebetrieb einen neuen automatischen Wagenumlauf herzustellen. Diese neue Errungenschaft der Industrietechnik schaltet die Menschenkraft vollständig aus. Es ist erfreulich, daß in der Nähe der Hugoschächte eine neue Siedlung an der Wörth- und Verbandsstraße entstanden ist, so daß hier sehr viele auf Hugo beschäftigte Leute Wohngelegenheit finden können. Angeblich will man dort in den nächsten Monaten wieder mit einem neuen Baublock von Kleinwohnungen beginnen. Baugelände ist gerade in Heege genügend vorhanden.

Grubenbrand auf Zeche Hugo 2

Auf Zeche Hugo 2, Revier 8, Flöz 13, ist gestern durch ausströmende Oxydgase ein Grubenbrand entstanden. Die Belegschaft vom Revier 8 mußte wegen der bestehenden Lebensgefahr ausfahren. Es ist glücklicherweise niemand zuschaden gekommen. Die Abdämmungsarbeiten sind in vollem Gange. Die Bergpolizei hat die gefährdete Strecke befahren.

Schwerer Verkehrsunfall

Am Montag um 18 Uhr ereignete sich auf der Bismarckstraße in Erle ein schwerer Verkehrsunfall. Der Kriegerverein Erle war auf dem Rückwege von einer Beerdigung. Viele Kinder begleiteten den Zug. Zwei von Buer kommende Motorradfahrer passierten in Richtung Gelsenkirchen den Zug. Der eine Motorradfahrer suchte den andern zu überholen, wobei er eine ziemliche Geschwindigkeit angeschlagen haben soll. Beim Ueberholen des Motorradfahrers überfuhr der Schachtmeister Pfau aus Gelsenkirchen den 5 Jahre alten Werner Voigtländer. Er schleifte ihn 15 Meter weit mit. Der Junge wurde in schwerverletztem Zustande ins Erler Krankenhaus gebracht, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Motorradfahrer besaß keinen Führerschein.

Tagung des Bundes Entschiedener Schulreformer

in Hattingen.

An der Grenze des Ennepe-Ruhr-Kreises zwischen Dahlhausen und Hattingen liegt oben auf der Höhe mit wundervollem Blick auf das Ruhrtal die neue Jugendherberge Niederwenigern. Sie ist aus einer Spende der Gewerkschaften gebaut und so praktisch und schön eingerichtet, daß sie nicht nur ein Heim für die wandernde Jugend, sondern auch eine Herberge für geistige Arbeit ist. Die hellen Tagesräume und die freien Plätze draußen zwischen den Bäumen bieten den schönsten Raum für Vorträge und Aussprachen. Am 5. und 6. Juli findet dort eine soziologisch-pädagogische Arbeitstagung statt, auf der Universitätsprofessor Plenge (Münster) über „Wirklichkeitsschule und Gesellschaftslehre", Lehrer Vaupel über „Das Lebensreich des Industriekindes" sprechen. Viele Kinderzeichnungen werden ausgestellt. Jeder Interessierte kann teilnehmen. Veranstaltet wird die Tagung vom Bund der Entschiedenen Schulreformer.

Sparmaßnahmen und Abbau auf unseren Zechen

Herr Hassenkamp von Konsolidation 1-6 über Tage

Gerade in der letzten Zeit wird so außerordentlich viel über Rationalisierung mit dem Ziele der Rentabilität großer Industrieanlagen gesprochen und geschrieben. Wir wissen, daß es den Hauptmachern, die bei sich selbst anfangen sollten, mit ihrem Getue gar nicht so ernst ist. Was unsere Schachtanlage Konsolidation 1-6 angeht, können wir mit einigen interessanten Anmerkungen dienen.

Es stimmt schon, daß z. B. bei den Reparaturarbeiten an Arbeiterwohnungen überreichlich Sparsamkeit geübt wird. Anders wird die Geschichte, wenn es sich um die Häuser höherer Beamten handelt. Der Betriebsführer Kuhlmann zog am 1. April 1930 aus seiner Zechenwohnung aus, die noch ganz gut in Ordnung ist. Herr Betriebsführer Eidemann konnte aber erst einziehen, nachdem eineinhalb Monate an allen Ecken und Enden Reparaturen ausgeführt worden waren. Die Hälfte der Zechenhandwerker und eine Reihe auswärtiger Unternehmer haben zu tun gehabt, um die Wohnung „in Ordnung zu bringen". Ein Unternehmer aus Essen soll 11 000 RM erhalten haben. Ob diese Summe für Instandsetzen der Arbeiterwohnungen während des ganzen Jahres ausgegeben wird, ist eine andere Frage. Das ist der Betriebsführer unter Tage. Der Oberbetriebsleiter (über Tage) Hassenkamp ist von Consolidation 3-4 nach Consolidation 1-6 gekommen, um die Hauptanlage von überflüssigen „Faulenzern" (Beamten und Arbeitern))zu reinigen. Aus Sparsamkeitsgründen hat der Herr H. das Schild vor seinem Büro mit der Aufschrift „Betriebsleitung" entfernen lassen, und ein neues mit der Aufschrift „Betriebsleiter" hat an dieser Stelle Platz gefunden. Das heißt auf Deutsch: „Die Diktatur hat begonnen!" Im übrigen aber weiß der Herr H. sich der Verwaltung gegenüber ausgezeichnet als Augendiener hinzustellen. Er läuft und rennt — aber nur, wenn er von der Verwaltung gesehen wird. Auf diese Weise sucht er das Fehlen seiner Sachkenntnisse zu verbergen. Denn gäbe es nicht noch andere Beamte, wie z. B. den Obersteiger Hullmann, dann sähe es in dem Maschinenbetriebe traurig aus. Es ist noch gar nicht so lange her, daß das Kesselhaus 20 in die Luft gegangen wäre, wenn nicht der Obersteiger Hullmann, der natürlich nicht als Arbeiterfreund anzusprechen ist, früh genug für Abhilfe gesorgt hätte. Hassenkamp war jedenfalls völlig ratlos. Weil Herr Hassenkamp keine Sachkenntnisse besitzt, wird er auch von seinen Untergebenen nicht für die Autorität gehalten, die er sein will. Nur einige seiner Lieblinge, die ihm, was Kenntnisse angeht, gleichwertig sind, hat er an allen Ecken um sich. Als ersten nennen wir den ehemaligen Reviersteiger Dignas, der in der Grube nicht fähig gewesen sein soll, ein Reck Schienen zu nageln. Ueber Tage besteht jetzt seine Hauptaufgabe darin, den Eisenbahnbetrieb zu leiten und die Leute anzuschwärzen. Ihm folgt der gelbe Häuptling Deparate von „Unser Fritz". Er versieht den Dienst eines Kontrolleurs. Während er seine Beine wie ein Tanzbär mit Verschlagleinen umwickelt hat, trägt er eine hohe, zweistöckige Militärmütze. Sieht er seinen Vorgesetzten Hassenkamp, läuft er ihm entgegen, haut die Hacken zusammen und legt die rechte Flosse an die Mütze, und zwar so intensiv, daß die Fingerabdrücke an der Mützenbiese schon von weitem zu erkennen sind. Der dritte Anbringer ist der Waschmeister Sirrenberg. Er hat es fertiggebracht, viele dem Hassenkamp unliebsamen Belegschaftsmitglieder anzuschwärzen, damit sie auf die Straße flogen. Als vierter tritt der nachgemachte Maschinensteiger Wächter auf den Plan. Es folgt ohne Abstand von diesen vieren der Kurgast Göhl vom „Ruhreck". Als letzter und bester Freund sei der Vorarbeiter Kramer (von Hassenkamp nur „Franz" genannt) aufgeführt.

Wenn jemand morgens um 7 Uhr ins Büro von Hassenkamp tritt, so kann er glauben, im großen Hauptquartier des Generalstabes zu sein. Es marschieren alle Gruppen vom Platzfeger an auf, alle Chargen und Abteilungen, um Bericht zu erstatten. Jeder hat sein Notizbuch vor sich, in dem er sein Stundenprogramm entwickelt hat. Wir können die Beamten und vor allem die Arbeiter vom Schacht 1-6 nicht verstehen, daß sie sich eine derartige Behandlung gefallen lassen und nicht heftig dagegen protestieren. Sobald ein Arbeiter nicht so rasch rennt, wie Hassenkamp es will, dann stellt er die Frage: „Wie alt sind Sie?" Der Mann antwortet: „51 Jahre!", worauf Hassenkamp erwidert: „Flotter laufen!! Ich schmeiße Sie raus!! Sonst lasse ich mir Leute vom Schacht 3-4 kommen!"

Auch Hassenkamps Sparsamkeit nimmt oft seltsame Formen an. Uns wird berichtet, daß der Sohn des Herrn Hassenkamp auf der Schachtanlage 1-6 in der Grube beschäftigt ist. Vor einiger Zeit sollen ihm zwei Grubenlampen in den Stapel gefallen sein,. Der filius des Herrn Betriebsleiters geht einfach zum Schreiber seines Vaters namens Böhle, und von diesem wird ihm ohne weiteres ein Gutschein gratis für zwei neue Lampen ausgehändigt. Lacht da jemand? Das ist eine besondere Art Sparsamkeit. Während sonst jedem armen Kumpel die kleinste Reparatur in Abzug gebracht wird, bereichern sich diese „Spardiktatoren" an dem fremden Eigentum. Herr Hassenkamp geht weiterhin durch die Betriebe und predigt mit dumpfer Stimme: „Immer feste laufen und sparen! Sonst gehen wir kaputt, wie „Unser Fritz"!. Wir könnten noch x Fälle ähnlicher Art anführen. Für heute machen wir Schluß, da uns der Raum zu schade ist. Aber unseren Freund Hassenkamp werden wir uns auf Eis setzen, damit wir gelegentlich auf ihn zurückkommen können. Welche Lehre aber ergibt sich aus diesen Tatsachen und dem Verhalten der Zechenmanager? Nur eine Antwort gibt es hierauf, laut und eindeutig:

Kumpels, hinein in den Bergbauindustricarbeiterverband!

Von der Versuchsgrube Hibernia

Flammen und Funken beim Schießen.

Die Versuchsgrubengesellschaft, die vom Reich, dem Preußischen Staat und der Knappschaftsberufsgenossenschaft gebildet wird und die stillgelegte Zeche Hibernia bei Gelsenkirchen als Versuchsgrube betreibt, hat ihren zweiten Bericht „Flammen und Funken beim Schießen" (Heft 2 der Berichte der Versuchsgrubengesellschaft) herausgegeben. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, befaßt sich der Bericht mit den auf der Versuchsgrube durchgeführten Versuchen über die Flammen- und Funkenerscheinungen, die beim Schießen im Grubenbetriebe auftreten können. Zu diesem Zwecke sind unter Tage weit über 1000 Schüsse unter den verschiedensten Bedingungen abgeschossen, beobachtet und photographiert worden. Auf diese Weise sind zunächst alle Faktoren, die für die Flammenbildung in Frage kommen, eingehend untersucht worden, u. a. Art und Menge des Sprengstoffes, Tiefe und Weite des Bohrlochs, Abmessungen der Sprengstoffpatrone, Lage der Schlagpatrone, Innen- und Außenbesatz. Die weiteren Versuche betrafen die Frage, inwieweit Sprengkapseln, elektrische Zünder, Zündschnüre und Schnellzeitzünder Veranlassung zur Funkenbildung geben können. Bei den Versuchen sind zum Teil sehr bemerkenswerte Feststellungen gemacht worden; die mit den bisherigen allgemeinen Ansichten, namentlich über die Flammenbildung beim Schießen, nicht übereinstimmen. Die Ueberlegungen und Betrachtungen, die in dem Bericht zur Erklärung dieser abweichenden, aber untrüglich beobachteten, gewissenhaft nachgeprüften und fotografisch festgestellten Erscheinungen angestellt werden, dürfte das besondere Interesse der Fachkreise beanspruchen. Dem Bericht sind zahlreiche Abbildungen beigegeben worden. Diese sind, soweit sie nicht in dem Heft selbst gebracht werden, in einem zugehörigen Beiheft vereinigt worden. Der Bericht ist durch den Verlag von Karl Bertenburg, Gelsenkirchen, zu erhalten.



Gaufest der Arbeitersänger

Das Konzert am Sonntagabend.

Die musikalischen Veranstaltungen des Gaufestes des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes fanden ihren würdigen Abschluß mit dem Festkonzert der Volkschöre Dortmund und Witten am Sonntagabend im Hans-Sachs-Haus. Im Gegensatz zum Konzert des vorhergehenden Tages, das im wesentlichen moderner Chorkomposition gewidmet war, brachte der letzte Abend nur Chor- und Instrumentalwerke alter Meister, weit den Bogen spannend über zwei Jahrhunderte von Gabrieli bis Bach und Händel. Das Studium der Chorliteratur des 16. und 17. Jahrhunderts hat der jüngsten Komponistengeneration hochbedeutsame Anregung gegeben und nach der Hochblüte der Instrumentalmusik im vorigen Jahrhundert als wichtiges Ergebnis eine starke Hinwendung zur Vokalkomposition gezeigt.

Die Darbietungen der Dortmunder und Wittener Chöre standen durchweg auf achtbarer Höhe. Die beiden Chöre verfügen über gutes, geschultes Stimmaterial und in Hans Salger über einen Dirigenten, der seiner Aufgabe als Chorerzieher mit bemerkenswertem Verständnis gerecht wird. Gleich die beiden ersten Gesänge, zwei heitere Chöre von Orlandi di Lasso und Sartorius bewiesen das. Von dem großen deutschen Meister Joh. Herm. Schein wurden zwei Chorstücke geboten, besonders das fröhliche „Holla, gut G'sell" mit soviel Präzision und frischer Musikalität, daß die letzte Strophe wiederholt werden mußte. Zwei alte Volkslieder „Sie ist mir lieb", gesetzt von Prätorius und das bekannte „Tanz mir nicht mit meiner Jungfer Käthen" im Satz von Hausmann gefielen gleichfalls sehr. In Bachs „Komm, süßer Tod" war der Eindruck durch Intonationsschwankungen leider etwas getrübt, während die Schlußnummer „Jauchzt und jubelt", eine Bachsche Komposition mit unterlegtem, modernem Text wiederum so gut geriet, daß vom beifallsfreudigen Publikum ihre Wiederholung erzwungen wurde. Zwischen den chorischen Darbietungen sorgten solistische Gaben für willkommene Abwechslung. Frau Marta Heinemann (Wetter) hatte in zwei Arien von Stradella und Händel Gelegenheit, ihre ausgezeichnete Technik und lebendigen musikalischen Vortrag zu zeigen (am Flügel Hans Salger). Großes Interesse fanden auch die Orgelvorträge von A. Nowakowsky, Essen. Eine Fantasie von Gabrieli, das Konzert G-Moll von Händel und vor allem Bachs Präludium und Fuge G-Moll wurden von ihm mit überlegener Virtuosität zu eindruckstarker Wirkung gebracht.

M.

ARBEITER-SPORT

Freie Sportvereinigung Gelsenkirchen, Abteilung Spielleute.

Mittwoch, 20 Uhr, ist im Metallarbeiterheim Uebungsstunde.

Der Techniker.

Die Erkenntnis

zieht immer weitere Kreise, daß die wirklich persönliche Eleganz nur vermittelt wird durch

die feine Maßarbeit

bestellen Sie Ihre Kleidung beim Schneidermeister

Schneider-Innung Gelsenkirchen

Folgen der Rationalisierung (lies: Profitgier)

Die Antwort eines Arbeiters an Herrn Staatsanwalt a. D. Grauert

Mit dem Oeynhausener Schiedsspruch ist eine Bewegung zum Abschluß gebracht, die der Anfang einer Beunruhigung der deutschen Wirtschaft geworden ist, wie sie die Nachkriegszeit unter ähnlichen Umständen noch nicht gesehen hat.

Die Unternehmer der Nordwestgruppe haben sich damit ein Feuerlein angezündet, an dem sie sich bestimmt die Finger verbrennen werden. Was sie wollen, ist mit kurzen Worten gesagt:

Sie wollen wieder Herr im Hause sein.

Alles andere, was die Unternehmerpresse schreibt, ist nur eine geschickte Bemäntelung dieser brutalen Forderung. Gerne wollen wir zugeben, „daß die durch Stillegungen und Entlassungen, durch Feierschichten und damit verbundene Minderverdienste geschaffene unerträgliche Lage" für die Arbeiter Ueberlegungen notwendig machte, wie Abhilfe geschaffen werden konnte. Nach unserer Ansicht muß man, will man irgendwelche Verhältnisse ändern, zuerst untersuchen, wie die Verhältnisse so werden konnten. In Hüttenzeitungen und der übrigen Unternehmerpresse ist immer und immer wieder über Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft gejammert worden. In allen Tonarten wurde der Feindbund während der Verhandlungen über den Youngplan davon unterrichtet, daß Deutschland, und vor allem die deutsche Wirtschaft, am Rande des Ruins stände und daher die geforderten Zahlungen nicht leisten könnte. Der Uneingeweihte, und die Arbeiterschaft ist nicht eingeweiht, würde sich von diesem Gejammer tatsächlich überzeugen lassen, daß die Verhältnisse so liegen. Dann aber müßte ihm der Feindbund als der brutale Forderer erscheinen, den das Unternehmertum in der Presse aus ihm zu machen wünschte. Ganz anders aber sehen die Verhältnisse aus, wenn man die Notiz der Metallarbeiterzeitung Nr. 25 liest, in der davon die Rede ist, daß in den Jahren 1927, 1928 und 1929 **„jährlich mindestens eine Milliarde und höchstens zwei Milliarden"** deutschen Kapitals an ausländischen Bankinstituten festgelegt worden sind. Dem deutschen Volke war diese Tatsache nicht bekannt. Um so besser aber wußten die Unterhändler der Staaten darüber Bescheid, die an der Beratung des Youngplans teilgenommen haben. Daher ihre Einstellung.

Und noch ein anderes Moment fällt bei der Betrachtung dieser Zusammenhänge in die Augen. Immer wieder wurde und wird von der Industrie darauf hingewiesen, daß das notwendige Betriebskapital durch Auslandsanleihen zu sehr hohem Preise beschafft werden müsse. Dadurch würde die Produktion der deutschen Wirtschaft wesentlich verteuert. Daß das deutsche Unternehmertum unter diesen Umständen doppelt verdient, sei hier nur kurz angedeutet. Zuerst wird ein großer Teil des Kapitalertrages der Besteuerung in Deutschland entzogen und an ausländischen Banken festgelegt, dann wird dieses Geld der deutschen Industrie geliehen, wofür diese dann hohe Zinsen zahlen muß, die in den den deutschen Finanzämtern vorgelegten Bilanzen als Ausgaben verzeichnet sind und somit der Besteuerung nicht unterliegen. Mit anderen Worten gesagt, nehmen die deutschen Unternehmer das Geld aus der einen Tasche und stecken es in die andere mit dem schönen Bewußtsein, dem gesamten Volke die Steuern für diesen Teil des Kapitalertrages entzogen zu haben. (Desto besser können sie dann auch aus dem Steuersäckel, den die Steuergroschen der Arbeiter nur notdürftig füllen, Subventionen verlangen.)

Diesen Argumenten der Gewerkschaften gegenüber zeigten die Unternehmer bei den Verhandlungen die kalte Schulter. Davon aber schreiben Sie nichts, Herr Staatsanwalt a. D. Dagegen bringen Sie, nicht ohne Absicht, folgendes:

„Bei den Besprechungen mit den Gewerkschaften schlugen diese eine Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 40 Stunden die Woche ohne Lohnausgleich vor, um eine größere Anzahl der Entlassenen wieder in Beschäftigung zu bringen. Aus verschiedenen Gründen konnte dieser Vorschlag nicht behandelt werden. (Von mir gesperrt. D. V.). Dagegen ist er insofern bedeutsam für die lohnpolitische Entwicklung geworden, als hier von Gewerkschaftsseite selbst die Forderung auf Lohnausgleich bei verkürzter Arbeitszeit nicht erhoben wurde, man also auf dieser Seite für den einzelnen Arbeiter bei einer auf 40 Stunden verkürzten Arbeitszeit mit einer Minderung des Einkommens um fast 15 Prozent in der Woche rechnete."

Bravo, dafür sind Ihnen die Kommunisten, die auch in diesem Kampf Ihre Bundesgenossen sind, sicher sehr dankbar. Geschickt haben Sie es jedenfalls verstanden, die Begründung und Bedingung der Gewerkschaften zu verschweigen, denn ich kann mir nicht denken, daß die Vertreter der Arbeiterschaft den Verzicht auf den Lohnausgleich unter der von Ihnen genannten Begründung für die ganze zu vereinbarende Geltungsdauer des neuen Rahmentarifs damit ausgesprochen haben. Jedenfalls haben die Gewerkschaften die Unternehmer nicht im unklaren darüber gelassen, daß dieser Verzicht allerhöchstenfalls nur für die Zeit der Flaute gelten sollte, und daß bei ansteigender Konjunktur selbstverständlich auch der Ausgleich gezahlt werden müsse. Aber darüber mit Ihnen streiten, hieße Eulen nach Athen tragen. Die vernünftigdenkende Arbeiterschaft merkt die Absicht und — — wird zwar nicht verstimmt, sondern weiß sie entsprechend zu schätzen.

Weiter schreiben Sie, daß die Löhne der Hochofen-, Stahl- und Walzwerksarbeiter nach der „amtlichen Statistik" im Oktober 1928 nach Abzug der Steuern und der Arbeitnehmer-Sozialbeiträge noch 7, 5 und 4 Prozent über Friedenseinkommen gelegen haben und der Lebenshaltungsinder vom Erhebungszeitraum bis heute um fast 7 Punkte gesunken sei. Daraus konstruieren Sie dann, daß sich die Realkaufkraft des Wochenverdienstes bei voller Beschäftigung noch im Verhältnis zu Oktober 1928 wesentlich erhöht habe.

Das ist denn doch zu naiv, um nicht einer näheren Untersuchung unterzogen zu werden. Zuerst einmal, Herr Staatsanwalt a. D., erinnern Sie sich bitte einmal, wie oft Ihr Leib- und Magenblatt, die „Bergwerkszeitung", von der „unzulänglichen amtlichen Statistik" geschrieben hat, wenn die Gewerkschaften sich einmal darauf berufen wollten oder haben. Festgestellt werden muß an dieser Stelle, daß die amtliche Statistik gerade in dieser Beziehung bisher vollständig versagt hat und versagen mußte. Warum werfen Sie denn Reallohn und Friedenseinkommen so durcheinander? Daß die Löhne der obengenannten Arbeiter zu der angegebenen Zeit über dem Friedenseinkommen gelegen haben, leuchtet ohne weiteres ein, aber daß sie in ihrer Kaufkraft über der des Friedenslohnes gelegen haben oder noch liegen sollen, glauben Sie doch selbst nicht. Wenn Sie aber doch der Ansicht sein sollten, dann lassen Sie sich von einem Arbeiter sagen, daß er trotz ständiger Beschäftigung und sparsamster Lebensweise nicht in der Lage war, sich innerhalb 4 (in Buchstaben: vier) Jahren einen anständigen Anzug zu kaufen. In der Zeit vor dem Kriege hätte er sich in demselben Zeitraum mindestens drei Anzüge kaufen können, ohne daß er auf sonstige Annehmlichkeiten des armseligen Arbeiterlebens verzichten mußte. Und da wagen Sie es, der Oeffentlichkeit zu erzählen, die Kaufkraft des Arbeitereinkommens sei gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen? Weiter wollen Sie bitte nicht vergessen, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, daß die Unternehmersyndici ihren Arbeitern bei jeder an den Haaren herbeigezogenen Gelegenheit die Akkorde gekürzt haben, trotz der Severingschen Sicherungsklausel. Und wenn die Arbeiter trotzdem nicht weniger verdient haben, **ist das nur auf vermehrte Leistung zurückzuführen.** Vermehrte Leistung der Arbeiter aber bedeutet für den Unternehmer vermehrten Profit. Es ist einfach absurd, wenn Sie behaupten, daß die übertariflichen Verdienste nicht nur durch die Leistung des Arbeiters bedingt sind, sondern daß in ihnen auch Leistungssteigerungen stecken, die ihre Ursache in der „Gesamtauswirkung vieler kleiner technischer Verbesserungen" haben. Gerade diese kleinen technischen Verbesserungen sind, jede einzeln, ein Grund zur Kürzung der Akkorde gewesen; ja, sie wurden eigens zu dem Zweck angebracht, um den Arbeitern die Akkorde kürzen zu können. So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Kaum glaublich, daß ein Mensch, der Anspruch auf die Bezeichnung „Volkswirtschaftler" erhebt, behauptet, bei einem Arbeitslosenheer von über 1,6 Millionen Menschen sei Angebot und Nachfrage bei der Verdienstbildung des Arbeiters nach oben (bei übertariflichen Verdiensten) von einschneidendem Einfluß. **Herr Staatsanwalt a. D. Grauert, Sie haben einen Ruf als Volkswirtschaftler zu verlieren.** Daß die Arbeitskraft der einzige Tauschartikel ist, über den der Arbeiter verfügen kann, haben wir noch nie bestritten. Daß aber ein Konjunkturdruck auf den Lohn nach oben und unten über die eigentliche Leistung des Arbeiters hinaus praktisch trotz aller Bedenken immer zum Ausdruck kommt und kommen muß, ist in Anbetracht der durch Monopol und Kartell hoch gehaltenen Preise ebenfalls eine gewagte Behauptung. Ebenso die Behauptung, die Wirtschaftsnot habe Arbeit-Nordwest, zum Zweck der Entlastung des Lohnkontos, zur sofortigen Senkung der starken Ueberverdienste gezwungen. Wie es um die Not der Wirtschaft bestellt ist, habe ich oben schon gesagt. Und so kann ich an der Auffassung nicht vorbei, daß die ganze Aktion der Unternehmer politischen Charakter trägt. Politisch hatte das Unternehmertum bis jetzt noch nicht die Macht, etwa die Lohnsummensteuer und die Beiträge zur Sozialversicherung, vor allem der Arbeitslosenversicherung, zu senken. Dazu soll m. E. dieser Generalangriff führen. Wird nämlich der Lohn gesenkt, dann verringern sich in demselben Maße die Steuern und Beiträge zu den Versicherungen. Das ist dann, wenn die nackte Lohnsenkung tatsächlich von der „Preissenkung" aufgesogen wird, immer noch ein ganz gutes Geschäft, das des Schweißes der „Edlen" wohl wert ist.

Dazu ist die Hoffnung, die Ihre Auftraggeber auf die Regierung setzten, nicht enttäuscht worden. Vielmehr hat die Arbeiterschaft von dieser Regierung noch so manches zu erwarten. Aber geben Sie sich keiner Täuschung darüber hin, wie die Arbeiterschaft sich zu der ganzen Angelegenheit stellt. Sie hat die Leiden des Ruhreinmarsches und der darauf folgenden Inflation noch nicht vergessen. Die damals nur gedämpfte Glut glimmt unter der Asche weiter. Mag das Unternehmertum sich hüten, sie zur hellen Flamme aufzublasen, es könnte sich an dem dann entstehenden Feuer die Finger ganz gewaltig verbrennen.

Cyclos

Knappschafts-Zahltage im Juli 1930.

Zweigstelle Gelsenkirchen, Schulteſtraße 33

Lfd. Nr.	Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltage im Monat Juli	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen Uhr	Beginn der Auszahlung für Knappschaftsinvaliden und Reichsrentner Uhr
1	Gelsenkirchen I	Vogel in Gelsenkirchen, Wiehagen	2	3	3½
2	Gelsenkirchen II	Gewerkschaftsh. Gelsk., Industriestr.	4	3½	3¾
3	Gelsenkirchen III	Gewerkschaftsh. Gelsk., Industriestr.	1	3	3½
4	Gelsenkirchen IV	Gewerkschaftsh. Gelsk., Industriestr.	3	3	3½
5	Gelsenkirchen V	Wirtschaft van Gember in Gelsenk.	7	3½	4
6	Gelsenkirchen VI	Gewerkschaftsh. Gelsk., Industriestr.	5	3	3½
7	G.-Bismarck I	Tendick in Gelsenkirchen-Bismarck	2	3	3½
8	G.-Bismarck II	Tendick in Gelsenkirchen-Bismarck	4	3	3½
9	G.-Bismarck III	Henze, Luisenstraße	5	3½	4
10	G.-Bismarck IV	Gehle, Gelsenk., Haverkampstr.	1	3½	3¾
11	G.-Bismarck V	Uhlenbrock, Gelsenk., Bismarckstr.	4	3	3½
12	G.-Bulmke I	Engelhardt, G., Bulmker u. Hertastr.-Ecke	2	3	3½
13	G.-Bulmke II	Janzen in G., Heinrichstraße	3	3	3½
14	G.-Feldmark	Kohlrusch in G., Bertastraße	5	3	3½
15	G.-Heßler I	Fischer in Gelsenkirchen	5	3	3½
16	G.-Heßler II	Vogel in Gelsenkirchen, Reichsstr.	2	3	3½
17	G.-Hüllen	Reitemeier, Fr. in G.-Hüllen	1	3	3½
18	G.-Schalke I	Wegener in G.-Schalke	7	3	3½
19	G.-Schalke II	Blackmann in G.-Schalke	4	3	3½
20	G.-Schalke III	Wwe. Michalski, G.-Schalke, Gewerkenstr. 101	7	3	3½
21	Schalke West	Oeldemann, Wilhelminenstraße	5	3	3½
22	G.-Ueckendorf I (Invaliden)	Quick in G.-Ueckendorf	5	—	3
23	G.-Ueckendorf I (Witwen)	Quick in G.-Ueckendorf	7	3	—
24	G.-Ueckendorf II	Quick in G.-Ueckendorf	2	3	3½
25	G.-Ueckendorf III	Quick in G.-Ueckendorf	1	3	3½
26	G.-Ueckendorf IV	Quick in G.-Ueckendorf	3	3	3½
27	G.-Ueckendorf V	Quick in G.-Ueckendorf	4	3	3½
28	Rotthausen I	Schlitt in G.-Rotthausen	1	3½	3¾
29	Rotthausen II	Höing in G.-Rotthausen, Ostermannstr.	2	3	3½
30	Rotthausen III	Pfülb in G.-Rotthausen	7	3½	4
31	Rotthausen IV	Schmidt in G.-Rotthausen	1	3	3½
32	Rotthausen V	Goldstein in G.-Rotthausen	3	3½	4
33	Rotthausen VI	Kisker in G.-Rotthausen	3	3	3½
34	Rotthausen VII	Steinfurt in G.-Rotthausen	3	3½	3¾

Zahlstelle Buer, Goldbergstraße 74

Lfd. Nr.	Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltage im Monat Juli	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen	Beginn der Auszahlung für Knappschaftsinvaliden und Reichsrentner
1	Buer-Mitte 1	Brackmann in Buer, Vertreter Baumeister	4	3 Uhr	3¾ Uhr
2	Buer-Mitte 2	Brackmann in Buer, Vertreter Baumeister	7	3 „	3¾ „
3	Buer-Mitte 3 (Witwen)	Brackmann in Buer, Vertreter Baumeister	1	3 „	— „
4	Buer-Mitte 3 (Invaliden)	Brackmann in Buer, Vertreter Baumeister	2	— „	3 „
5	Buer-Mitte 4	Pöppinghaus in Buer	8	3 „	3¾ „
6	Buer-Beckhausen 1	Richter in Buer-Beckhausen	8	3 „	3¾ „
7	Buer-Beckhausen 2	Richter in Buer-Beckhausen	7	3 „	3¾ „
8	Buer-Beckhausen 3	Richter in Buer Beckhausen	1	3 „	3¾ „
9	Buer-Erle 1	Wigger in Buer-Erle, Vertreter Schütz	4	3 „	3¾ „
10	Buer-Erle 2	Wigger in Buer-Erle, Vertreter Schütz	5	3 „	3¾ „
11	Buer-Erle 3	„Zum Forsthaus", (Inh. Wietelmann), Buer-Erle	4	3 „	3¾ „
12	Buer-Erle 4	Wigger in Buer-Erle, Vertreter Schütz	7	3 „	3¾ „
13	Buer-Erle 5	Stork in Buer-Erle	5	3 „	3¾ „
14	Buer-Hassel 1	Zechengasthaus in Buer-Hassel	2	3 „	3¾ „
15	Buer-Hassel 2	Emschermann in Buer-Hassel	2	3 „	3¾ „
16	Buer-Resse 1	Wieland in Buer-Resse	4	3 „	3¾ „
17	Buer-Resse 2	Wieland in Buer-Resse	3	3 „	3¾ „
18	Buer-Resse 3	Wwe. Lausberg in B.-Resse, Vertr. Schlehmeier	3	3 „	3¾ „
19	Buer-Scholven 1 (Witwen)	May in Buer-Bülse	1	3 „	— „
20	Buer-Scholven 1 (Inval.)	May in Buer-Bülse	2	— „	3 „
21	Buer-Scholven 2	Lux in Buer-Scholven, Vertreter Fortkord	2	3 „	3½ „
22	Buer-Scholven 3	Lux in Buer-Scholven, Vertreter Fortkord	1	3 „	3½ „
23	Horst-Emscher 1	Nolte in Horst-Emscher	1	3 „	3¾ „
24	Horst-Emscher 2	Nolte in Horst-Emscher	5	3 „	3¾ „
25	Horst-Süd 1	Vorholt in Horstermark, Vertreter Wallner	8	3 „	3½ „
26	Horst-Süd 2	Wwe. Göbel in Horstermark	8	3 „	3½ „
27	Horstermark 1	Vorholt in Horstermark, Vertreter Wallner	5	3 „	3¾ „
28	Horstermark 2	Beckmann in Horstermark	7	3 „	3¾ „

Nr. 150. 12. Jahrg. Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 1. Juli 1930.

Schlägerei im Bochumer Stadtparlament

Ersatz für Nientimp.

Am Freitag fand in Bochum eine Stadtverordnetensitzung statt, die vom stellvertretenden Vorsteher, Genossen Dr. Rawitzki, geleitet wurde.

Als Dr. Rawitzki wegen Ueberschreitung der Redezeit dem kommunistischen Stadtverordneten Springer das Wort entzieht und Springer wegen fortgesetzter Renitenz von der Sitzung ausschließt, auch der kommunistische Stadtverordnete Knoop wegen dauernder Zwischenrufe aus dem Saal verwiesen wird, kam es zu einer Schlägerei zwischen Fraktionsmitgliedern der KPD. und SPD. Dieser beschämende Zwischenfall wurde durch den kommunistischen Stadtverordneten Knoop, der eine Aktentasche auf den Stadtverordneten Lohoff (SPD.) schleuderte, verursacht. Die Polizei mußte eingreifen, um Ordnung zu schaffen. Dr. Rawitzki verhandelte inzwischen im Nebenzimmer mit dem Aeltestenausschuß. Unterdessen verursachte der von der Sitzung ausgeschlossene Stadtverordnete Springer eine Auseinandersetzung mit Oberbürgermeister Dr. Ruer zu beginnen. Er wurde durch die Polizei aus dem Saale entfernt. Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung teilt Dr. Rawitzki den Beschluß des Aeltestenausschusses mit: Wegen der Schlägerei werden die Stadtverordneten David, Knoop und Springer für fünf Sitzungen ausgeschlossen. Der Beschluß des Aeltestenausschusses gelangt zur einstimmigen Annahme.

An Stelle des in den bekannten riesigen Korruptionsskandal verwickelten bisherigen ersten Stadtverordnetenvorstehers Nientimp wurde Dr. Laarmann (Zentr.) für dieses Ehrenamt gewählt.

Tagung der Vereinigung rheinischer Krankenkassen in Rheydt

Samstag und Sonntag hielt der Rheinische Landesverband des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen E. V., Vereinigung Rheinischer Krankenkassen, in Rheydt seine 24. Mitgliederversammlung ab, deren Mittelpunkt zwei Referate über „Zeit- und Streitfragen der Krankenversicherung" und „Die Krankenkasse im öffentlichen Leben" bildeten. Zu dem ersteren Thema sprach der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes, Helmut Lehmann (Berlin), der den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Aenderungen in der Krankenversicherung in seiner jetzigen Form strikte ablehnte, da der Entwurf die seit Jahren von der Krankenversicherung geforderten Reformvorschläge größtenteils unberücksichtigt lasse. Der Entwurf bringe eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch Arzneikostenbeteiligung und Krankenscheingebühr. Der in dem Entwurf vorgeschlagenen Reform des kassenärztlichen Dienstes und den beabsichtigten Verwaltungsvereinfachungen stimmte der Redner zu, da sie geeignet seien, die von der Regierung für notwendig gehaltenen Ersparnisse zu erzielen. Die geplante Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts lehnte der Redner ab, da sie nur die gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen stören würde. Vermissen lasse der Entwurf eine Vereinfachung der Organisation und die Bildung von Pflichtkassenverbänden. Die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners fanden einen Niederschlag in einer in gleichem Sinne gehaltenen Resolution, die auch bereits vom Hauptverband am 26. Juni in Berlin gefaßt wurde.

Am Sonntag behandelte dann Studienrat Herschel (Düsseldorf) die Frage der Krankenkasse im öffentlichen Leben. Er erklärte u. a.: Daß die Krankenkassen heute so lebhaft umstritten seien, komme daher, daß sie als öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörper im Brennpunkte der verschiedensten Interessen ständen. Besonders umstritten sei die Frage, inwieweit die Wirtschaft zu den Beiträgen für die Krankenkassen herangezogen werden könne. Darüber sei sehr viel geredet worden, aber die Erörterung hierüber komme nicht vom Fleck, solange nicht die Wirtschaft einmal durchleuchtet werde. Die Tragfähigkeit der Wirtschaft müsse zunächst einmal objektiv festgestellt werden. Das Recht der Selbstversorgung stehe den Krankenkassen in demselben Maße zu, wie jedem privaten Unternehmer. Nur müsse dabei nach rein wirtschaftlichen, nicht nach politischen Gesichtspunkten verfahren werden. Die Personalpolitik der Krankenkassen bedürfe der Reform; den Angestellten müßten mehr Erholungsmöglichkeiten gewährt werden. Bezüglich der Aerztefrage müsse das Prinzip des Kollektivismus mehr betont werden, was auch dem ärztlichen berufsständischen Gedanken zugute kommen würde. Die Krankenkassen seien Zwischenglieder zwischen Staat und Individuum. In ihnen müsse ein Ausgleich zwischen Bürokratie und Demokratie geschaffen werden. Die Krankenkassen müssen so beschaffen sein, daß sie sich Vertrauen erwerben und dabei zugleich das Vertrauen zum Staate heben.

Nach diesem beifällig aufgenommenen Ausführungen wurde als nächster Tagungsort Wetzlar bestimmt, worauf der Vorsitzende den an der Vorbereitung der Tagung und den an der Tagung selbst Beteiligten seinen Dank aussprach und die Tagung schloß.

Vormerkung von Schutzpolizeibeamten für die Laufbahn des einfachen Bürodienstes

Mit einem Runderlaß vom 7. Juni 1930 soll nach einer Meldung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz der preußische Innenminister unter Aufhebung seines Runderlasses vom 9. Oktober 1929 den Zeitpunkt, von dem ab sich neben den Versorgungsanwärtern der Schutzpolizei und dem Reichswasserschutz auch Schutzpolizeibeamte um die Stellen des einfachen Polizeibürodienstes bewerben können, auf den 1. Juli 1930 fest. Zugelassen zu den Bewerbern, die auf dem Dienstwege der Vormerkungsstelle für den Polizeidienst bei dem Polizeipräsidium in Potsdam vorzulegen sind, werden indes bis auf weiteres nur die kündbar angestellten Schutzpolizeibeamten mit mindestens elf Dienstjahren sowie die in der Zeit vom 1. Dezember 1928 bis 30. Juni 30 unkündbar angestellten Schutzpolizeibeamten, soweit sie noch nicht das 40. Lebensjahr vollendet haben. Falls sie infolge einer im Dienst erlittenen Beschädigung für den Außendienst unfähig geworden sind, können sie ausnahmsweise bis zum vollendeten 50. Lebensjahr vorgemerkt werden. Während einer bis zum 3. März 1933 dauernden Uebergangszeit können auch Polizeiwachtmeister vorgemerkt werden, die nicht die Polizeioberwachtmeisterprüfung auf einer staatlichen Polizeischule abgelegt haben, wenn ihre Eignung für die Laufbahn des einfachen Bürodienstes durch ein Zeugnis des Leiters der Hauptgeschäftsstelle einer staatlichen Polizeiverwaltung erwiesen ist.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille" Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.

Aus dem Solinger Stadtparlament

Kommunistische Tumulte / „Oberbürgermeister" Weber ein halbes Jahr von den Sitzungen ausgeschlossen
Vier weitere Kommunisten aus dem Saale verwiesen

In der Solinger Stadtverordnetensitzung am Donnerstag kam es zu heftigen Tumulten und Ausschließungen kommunistischer Stadtverordneter. Um die Ordnung aufrechtzuerhalten, war ein Aufgebot von 25 Schupobeamten und 20 Kriminalbeamten aufgeboten worden. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Beschlußfassung über Maßnahmen gegenüber dem Stadtverordneten Weber (Kommunist)."

Auf Grund der Vorgänge in der Sitzung vom 11. Juni beantragte der kommissarische Oberbürgermeister, Regierungsdirektor Brisch, einen

halbjährigen Ausschluß des kommunistischen Stadtverordneten Weber.

Dieser Antrag wurde von der kommunistischen Fraktion mit stürmischen Protest- und Pfuirufen aufgenommen. Die Abstimmung ergab die Zustimmung aller Fraktionen außer der KPD. Stadtv. Weber weigerte sich zunächst, den Saal zu verlassen. Nach dreimaliger Aufforderung zog sich die Verwaltung zur Beratung zurück. In dieser Pause verließ Stadtv. Weber den Saal.

Auf Grund der fast tumultarischen Auftritte bei Bekanntgabe des Antrages der Verwaltung in bezug auf den Ausschluß Webers beantragte diese nun auch den

Ausschluß der kommunistischen Stadtverordneten Nohl, Hahnenfurth und Frau Staubes.

Auch dieser Antrag wurde mit Protestrufen auf der Seite der Kommunisten beantwortet. Trotz dreimaliger Aufforderung weigerten sich alle drei Stadtverordneten, den Saal zu verlassen. Der kommissarische Oberbürgermeister hob wieder die Sitzung auf. In der Pause erschienen uniformierte Polizeibeamte im Saal. Nun kamen die Ausgeschlossenen der Aufforderung freiwillig nach. Dem Verlangen der Kommunisten auf weitere Erörterungen des Vorfalls wurde nicht stattgegeben. Der Oberburgermeister gab danach bekannt, daß die Weigerung der drei ausgeschlossenen Stadtverordneten, die Sitzung zu verlassen, ohne weiteres auf Grund der Geschäftsordnung den

Ausschluß von drei weiteren Sitzungen nach sich ziehe.

Der zweite Punkt der Tagesordnung sah die Aenderung der Geschäftsordnung vor, die eine wesentliche Verschärfung darstellt insofern, als in Zukunft der Vorsitzende das Recht hat, ohne Befragen der Versammlung bei groben Verstößen gegen die Ordnung ein Mitglied des Kollegiums auszuschließen. Auch die Bekanntgabe dieses Punktes löste bei der kommunistischen Fraktion lebhafte Protestrufe aus. Abermals gab es stürmische Auftritte auf der äußersten Linken, als die Mehrheit des Hauses der Verwaltungsvorlage „Entziehung der städtischen Bekanntmachungen für die „Bergische Arbeiterstimme" zustimmte. Zwischendurch wurde wegen der zunehmenden Unruhen die

Tribüne von zehn Kriminalbeamten geräumt.

Von diesem Moment an nahm die Versammlung einen sachlichen und ruhigen Verlauf.

11. Rheinisch-Westfälischer Bürgermeistertag

Der Landesverband Rheinland-Westfalen des Deutschen Bürgermeisterbundes hielt in Bad Oeynhausen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Hendrichs, Bork i. W., seine diesjährige Hauptversammlung ab, zu der mehr als 100 Bürgermeister erschienen waren. Der Vorsitzende betonte in seiner Begrüßungsansprache:

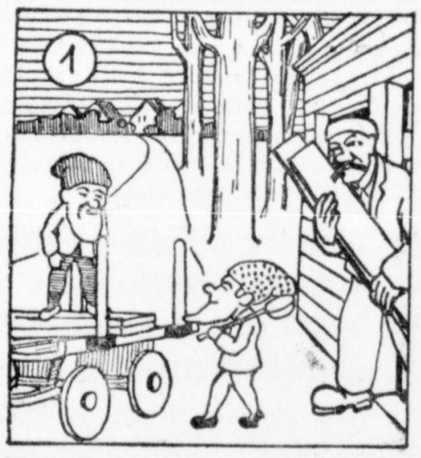
Auch wir sind bereit, ein Notopfer zu bringen, aber was wir hierbei verlangen müssen, ist einmal eine gleichmäßige Belastung aller Schichten des Volkes unter voller Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse des einzelnen und ferner zunächst eine durchgreifende Reform der Ausgabenwirtschaft und Ausgabenverteilung, welche die Garantie schafft, daß das Notopfer nicht in ein Faß ohne Boden geworfen, sondern mit ihm die Sanierung der Reichsfinanzen vollendet wird. Wenn die Reichsregierung statt dessen dazu übergeht, der Beamtenschaft, die bereits eine Arbeitslosenversicherung von etwa 20 Proz. ihres Gehalts stets tragen muß, weil sie für die Zeit ihrer Arbeitsunfähigkeit eine Pension bezieht und sich deshalb zeitlebens mit einem geringeren Gehalt zufrieden geben muß, als ihr ohne diese Pension zustehen würde, jetzt durch verfassungsändernde Maßnahmen wohlerworbene Rechte zu nehmen, so wird sie auf Seiten der Beamtenschaft entschiedene und kampfbereite Gegner finden. Jetzt soll ein neues Sperrgesetz alle jene Kämpfe wieder aufleben lassen. Das ist zuviel. Darum rufe ich der Reichsregierung ein kräftiges „Zurück" zu.

Bürgermeister Dr. Neuhäuser begrüßte die Erschienenen namens der Stadt Oeynhausen. Der vom Geschäftsführer erstattete Geschäftsbericht sowie Kassenbericht wurden zur Kenntnis genommen und Entlastung erteilt. Der Verbandsgeschäftsführer, Bürgermeister i. R. Vollmer, Aachen, sprach über Steuerpflicht und Passionsfähigkeit der Nebeneinnahmen, über die geplante Verwaltungsreform und ihre Auswirkung auf die Stellung des Bürgermeisters und behandelte den Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes. Die Versammlung billigte zum Schluß die Entschließungen der Beamtenspitzenverbände und des Deutschen Bürgermeisterbundes zu der Frage eines Notopfers oder einer Besoldungskürzung der Beamten.

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



**Flick, Flock, Flaum, die Zwerge,
trieb es nun zum Berge.
Geizhals Flunsch, aus Dankbarkeit,
war beim Packen hilfsbereit.**



**Amtsvorsteher Krause
stand auch vor dem Hause.
Ach, der Abschied ward ihm schwer,
denn er liebt' die Kleinen sehr.**



**Wünschte Glück und Segen
auf den fernern Wegen.
Drückte gar den lieben Flick
an sein Herz 'nen Augenblick.**



**Das war'm Flunsch zu lange,
griff die Wagenstange
und hat dann zu guter Letzt
langsam sich in Trab gesetzt.**

Frei ist der Rhein!

Das Werk der von der Sozialdemokratie durchgesetzten Politik der Völkerverständigung.

Das Rheinland ist frei! Mit seiner Räumung beginnt ein neuer Abschnitt deutscher Geschichte. Deshalb geziemt es, einen Augenblick Halt zu machen und sich die nationale und internationale Bedeutung der Rheinlandräumung vor Augen zu halten.

Seit dem Beginn der Besatzung sind mehr als zehn Jahre vergangen. Es waren zehn harte und schwere Jahre für das deutsche Volk, und manchmal schien es, als ob es unter der furchtbaren Last der Nachkriegszeit zusammenbrechen sollte.

Als im Dezember 1918 der letzte feldgraue Soldat die Kölner Brücke verließ und bald darauf die ersten fremden Soldaten das linke Rheinufer und Landesteile rechts vom Rhein besetzten, da wagte niemand zu hoffen, daß nach zehn Jahren das deutsche Land wieder frei sein würde.

Das Diktat von Versailles, das im Juni 1919 unter dem Druck der Verhältnisse von Deutschland unterschrieben werden mußte, sah eine Besatzungszeit von mindestens fünfzehn Jahren vor. Dabei stritten sich in den Jahren 1920 bis 1922 führende Staatsmänner der Entente noch darüber, ob die Besatzungszeit damals „schon" zu laufen begonnen hatte oder ob dies erst der Fall sei, wenn Deutschland vollständig „erfüllt" habe.

Es ist der zielbewußten Politik der Sozialdemokratie zu danken, wenn heute das Rheinland frei ist.

Die Sozialdemokratie hat seit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs alles darangesetzt, die Rheinlandräumung früher als vorgesehen durchzusetzen. Die Sozialdemokratie leitete die vielgelästerte Erfüllungspolitik ein, die zur Rheinlandbefreiung geführt hat.

Die deutschen Nationalisten aller Richtungen glaubten, die Sozialdemokratie schmähen zu können, weil sie den Weg beschritt, der allein zu dem erhofften Ziele führen konnte. Gegen die Erfüllungspolitik wurde der Vorwurf der Feigheit, der Vorwurf des Verrats erhoben, aber die Sozialdemokratie hielt unverbrüchlich an ihrem außenpolitischen Ziele fest und erlebte schließlich die Genugtuung, daß auch andere Parteien und deren Führer die Erfüllungspolitik nicht nur unterstützten, sondern sich sogar zu eigen machten, mit ihnen auch Stresemann, den die volksparteilichen Blätter heute als den Rheinlandbefreier bejubeln, obwohl auch er jahrelang Gegner der Verständigungspolitik gewesen ist. Erst während der Ruhrbesetzung fielen Stresemann die Schuppen von den Augen.

Jetzt, nach der Rheinlandbefreiung, muß der Weg der Verständigung erst recht fortgesetzt werden. Es gilt, die Hirne und Herzen aller Deutschen für den Gedanken immer weiterer Annäherung der Völker zu gewinnen.

Die Rheinlandbefreiung ist ein Markstein auf dem Wege zum Ziele, das wahrhaft internationale Verbrüderung heißt.

In den Tagen der Befreiung keine Reden von Rache und Haß hören, wir wollen den Willen zum Frieden betätigen. Wir wollen, daß alles vergessen werde, was dazu angetan sein könnte, neuen Haß und neuen Unfrieden zwischen den Völkern zu säen.

Eine ganze Armee — 150 000 Besatzungssoldaten — stand zunächst im Rheinland, mehr als 6½ Milliarden hat die Besatzung verschlungen! Milliarden, die unproduktiv verausgabt wurden. Nie wieder!

Hermann Müllers Genfer Rede.

Wer sich heute der Rheinlandräumung freut, vergesse nicht die Völkerbundsrede des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller am 7. September 1928. Es war ein deutscher Sozialdemokrat, der vor dem versammelten Völkerbund die Frage der Abrüstung und Räumung am energischsten aufgerollt hat. Seit Hermann Müllers Genfer Rede war es den Besatzungsmächten nicht möglich, die Frage der Räumung weiter hinauszuschieben. Hermann Müller hatte mit Recht darauf hingewiesen, daß manche Staatsmänner eine Außenpolitik mit doppeltem Gesicht trieben: auf der einen Seite Reden für Verständigung und Abrüstung, aber auf der anderen Seite das Fehlen der entsprechenden Tat, besonders auch die Räumung der Rheinlande. Der einfache Mann im Volke verstehe solche Zwiespältigkeit nicht. Nach der energischen Rede Hermann Müllers sah sich das französische Kabinett veranlaßt, sofort die Frage der Räumung der zweiten Zone zu erörtern. Das englische Weltblatt „Times" erklärte, es wäre sehr bedauerlich, wenn die Franzosen bis zum letzten über die Räumung feilschen würden. Frankreich begriff, und die Besatzung zog Ende 1929 aus der zweiten Zone ab.

Und die Rechtsregierungen?

Historische Tatsache ist, daß die Rechtsregierungen, besonders der

Bürgerblock

vor den Reichstagswahlen im Mai 1928 nichts getan haben, um die unter sozialdemokratischer Führung begonnene Befreiungspolitik energisch fortzusetzen. Am 8. März 1927 trat der Völkerbund in Genf zusammen. Aber es geschah von der damaligen Reichsregierung, in der die Deutschnationalen saßen, nichts, um die Befreiung der Rheinlande zu erreichen oder wenigstens zu fördern. Man verzichtete damals in Genf auf jedes Räumungsverlangen. Die deutschnationale Presse, vor allem auch die Presse Hugenbergs, fand sich mit dieser Untätigkeit ab. Stresemann, auch zu jener Zeit Außenminister, war wahrscheinlich davon überzeugt, daß es aussichtslos gewesen wäre, das Räumungsverlangen auszusprechen. Hätte er doch im Namen einer Rechtsregierung sprechen müssen, der die Besatzungsmächte sehr skeptisch gegenüberstanden. Von verschiedenen Staatsmännern der Entente wurde dann auch

immer wieder erklärt, daß bei einem Rechtskurs in Deutschland die Aussichten der Rheinlandräumung sehr gering seien.

Vor der Reichstagswahl 1928 wünschten französische Blätter offen den Sieg der deutschen Rechten, damit die Rheinlandbefreiung und die Frage der Besatzung verzögert werde. Die Untätigkeit der verflossenen Rechtsregierungen in der Frage der Rheinlandbefreiung hatte aber dem Volke die Augen geöffnet, und so kam es bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 zu einem schweren Niedergang der Deutschnationalen. Der Sieg der Sozialdemokratie hatte internationale Bedeutung. England und Frankreich anerkannten, daß die nationalistische Welle in Deutschland zurückgedrängt worden sei. Wie in ihrem Wahlprogramm zu den französischen Kammerwahlen im April 1928, so verlangten die französischen Sozialisten auch weiterhin die Freigabe von Rhein und Ruhr.

Die Hilfe der Sozialistischen Internationale.

Aber nicht allein die französischen Sozialisten erhoben die Forderung nach der Räumung, auch der Internationale Sozialistenkongreß zu Brüssel im Jahre 1928 faßte eine Entschließung, in der die Räumungsforderung erhoben wurde. Vandervelde, Leon Blum, de Brouckère und Breitscheid ergriffen auf diesem Kongreß das Wort und vertraten das Recht Deutschlands auf Räumung. Später machten die französischen Sozialisten und die englische Arbeiterregierung bestimmte Vorschläge zu einer möglichst schnellen Räumung. Nicht zuletzt unter diesem Druck wurde am 30. November 1929 die zweite Zone geräumt, gaben Briand und Tardieu die Erklärung ab, daß das gesamte Rheinland bis zum 30. Juni 1930 geräumt werden würde.

Das nächste Ziel der Verständigungspolitik ist die

Rückgliederung des Saargebietes.

Erst wenn auch diese Frage geordnet ist, wird die Verständigungspolitik gekrönt sein. Nicht aus nationalistischen Gründen fordert die Sozialdemokratie die Rückgliederung. Es handelt sich darum, ein schweres Unrecht gutzumachen.

Als Hermann Müller im September 1928 in Genf an den Völkerbund appellierte, hoffte die deutsche nationalistische Presse, es werde nicht geräumt werden. Sie überschlug sich förmlich vor Freude, als es zunächst wirklich so aussah, als ob nicht geräumt werden würde. Weil der sozialdemokratische Reichskanzler nicht die sofortige Befreiung des ganzen Rheinlandes mit nach Hause brachte, hatte unsere nationalistische Presse für ihn nur hämische Angriffe. Aber die Ernte der von Müller in Genf gesäten Saat blieb nicht aus.

Nun ist das Rheinland frei, und die Arbeiter lassen sich die Freude an dem schließlichen Erfolg der sozialdemokratischen Verständigungspolitik nicht nehmen. **Sie begehen den Tag der Befreiung mit berechtigtem Stolz, denn**

der sozialistische Gedanke der Völkerverständigung hat einen Triumph errungen, der durch nichts verkleinert werden kann.

Ginge es nach den National„sozialisten", dann stände der „Feind" noch Jahrzehnte im Rheinland. Für eine solche „nationale" Politik danken wir. Wir Sozialdemokraten sind national durch Taten wie die zur Befreiung des Rheinlandes geführte Politik. Von niemandem lassen wir uns in der Betätigung wahrhaft nationaler Gesinnung übertreffen.

Es war nicht möglich, die tiefen Wunden, die das Kaiserreich dem deutschen Volke geschlagen hat, schon völlig zu heilen. Aber die von der Sozialdemokratie unerschrocken fortgesetzte Politik der Verständigung wird auch die Rückgliederung des Saargebietes erreichen — nicht durch Gewalt, nicht durch List, sondern ebenfalls durch Verständigung. Und wir wissen, daß wir auch in diesem Punkte auf die tatkräftige Unterstützung der Sozialistischen Internationale rechnen dürfen. Deshalb rufen wir am Tage der Rheinlandbefreiung:

Es lebe die Sozialdemokratie, es lebe die Sozialistische Internationale, es lebe die Verständigung, die Versöhnung der Völker!

Wirtschaft und Gewerkschaft

Lohn- und Gehaltsabbau bei der Reichsbahn

Auch die Reichsbahn-Gesellschaft hält wie das übrige deutsche Unternehmertum den Zeitpunkt für gekommen, Forderungen auf Abbau der Löhne und Gehälter anzumelden. Die Haltung des Reichsarbeitsministers gegenüber dem Oeynhauser Schiedsspruch hat den Verwaltungsrat der Reichsbahn zu seinen Forderungen ermutigt. Es ist auch nicht zu übersehen, daß, angesichts der wenig günstigen wirtschaftlichen Position der Reichsbahn ihre Forderungen in der breiten Oeffentlichkeit im ersten Augenblick leicht Anklang finden können.

Die Reichsbahn ist zur Zeit bestimmt nicht auf Rosen gebettet. Der bisherige Einnahmeausfall wird auf etwa 260 Millionen beziffert. Zunächst wäre also einmal zu prüfen, ob dieser Einnahmeausfall tatsächlich schon eine Finanzkrise darstellt und zu einer Gewaltkur, wie sie ein Lohnabbau zweifellos ist, berechtigt.

Verminderten Einnahmen stehen auch verminderte Ausgaben, vor allem im Personaletat gegenüber. Die Angaben des Präsidenten des Verwaltungsrates über die Personalunkosten berücksichtigen offenbar die Ersparnisse nicht, die die Reichsbahn-Gesellschaft seit Beginn des Jahres, als sich die Einnahmeminderung besonders bemerkbar machte, auf dem Personalgebiet gemacht hat. Es sind in dieser Zeit, in Anpassung des Personalkörpers an den verminderten Verkehr, mindestens 20 000 Arbeiter zur Entlassung gekommen oder an Stelle sonst neu einzustellender Zeitarbeiter beschäftigt. Außerdem wurden durch Einlegung von Feierschichten Einsparungen gemacht. Die Reichsbahn hat also infolge von zum Teil sogar rigoros durchgeführten Maßnahmen die Personalausgaben an die Verkehrslage anzupassen versucht.

Eine weitere Ersparnis gegenüber dem Vorjahr liegt im Wegfall der Ausgleichsrücklage in Höhe von rund 90 Millionen. Außerdem besitzt die Reichsbahn nicht unerhebliche Reserven, von denen der Vortrag aus dem Vorjahr 170 Millionen und die gesetzliche Ausgleichsrücklage 500 Millionen beträgt. Zu beobachten ist ferner, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft aus der Young-Anleihe 240 Millionen erhält und daß die bereits eingetretenen Tariferhöhungen sich auswirken werden. Die Notlage der Reichsbahn ist also keineswegs so akut, daß damit eine Gehalts- und Lohnkürzung begründet werden könnte.

Trotzdem ist jeder Versuch zur Stärkung der Finanzlage der Reichsbahn-Gesellschaft nur allzu begreiflich. Die Gesellschaft leidet stark unter der Wirtschaftskrise. Neben dem beträchtlichen Einnahmeausfall gegenüber dem Vorjahr steht die unleugbare Tatsache, daß die Eisenbahn nicht mehr die alte Monopolstellung für den Verkehr hat, sondern durch die Konkurrenz der Wasserstraßen und vor allem der Lastkraftwagen empfindliche Verluste erleidet. Auch das Reichsbahnpersonal und die Eisenbahnergewerkschaften haben Verständnis dafür, daß eine solche Situation besondere Maßnahmen erforderlich macht. Es fragt sich nur, ob der vom Präsidenten des Verwaltungsrates vorgeschlagene Weg des Gehalts- und Lohnabbaues der richtige und wirtschaftlich zweckmäßige ist.

Herr v. Siemens hat, um nach außen starken Eindruck zu machen, in seinem Schreiben an den Reichskanzler mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß die Gesamtausgaben der Gesellschaft für das Personal seit ihrer Gründung am 30. August 1924 um 700 Millionen oder 31 Prozent gestiegen ist, obgleich die Kopfzahl in der gleichen Zeit um 62 000 verringert worden sei. Mit diesen Zahlen kann die Oeffentlichkeit, der die Grundlage der Berechnung nicht bekannt ist, nicht viel anfangen. Die von Herrn v. Siemens genannten Steigerungszahlen der Personalkosten bauen auf dem Tatbestand des Jahres 1924 auf. Die Löhne im Eisenbahnbetrieb lagen aber damals nach der überwundenen Inflation weit unter den Goldlöhnen, die für den Durchschnitt aller übrigen Arbeiter festgelegt worden sind. Das ist eine von niemanden geleugnete Tatsache. Damals waren Arbeiterlöhne von 41 Pfennig für ungelernte, bis 53, 54 für gelernte im Durchschnitt pro Stunde festgelegt worden. Diese Löhne waren so erschreckend niedrig, daß nicht nur die Reichsregierung und die Reichsbahn-Gesellschaft selbst ihre Steigerungsbedürftigkeit anerkannten, sondern auch die mit der Untersuchung der Reichsbahnverhältnisse betrauten Sachverständigen im Dawesplan auf die Unhaltbarkeit dieser zu niedrigen Lohnsätze hinwiesen.

Auch die von Herrn v. Siemens in seinem Schreiben genannten Prozentsätze gegenüber den Arbeiterlöhnen der Vorkriegszeit ergeben keine klare Vorstellung über die tatsächlichen Verhältnisse. Wenn die Steigerung der Arbeiterlöhne der Reichsbahn in Prozenten hoch aussieht, dann ist das ähnlich wie bei dem Vergleich mit 1924 darauf zurückzuführen, daß in der Vorkriegszeit den Eisenbahnern abnorm niedrige Löhne gezahlt wurden. Das Durchschnittseinkommen eines Eisenbahnarbeiters im Jahre 1913 betrug 42 Pfennig pro Stunde gegenüber einem Durchschnitt in der übrigen Arbeiterschaft von 56 Pfennig. Dieser niedrige Durchschnittslohn des Eisenbahnarbeiters der Vorkriegszeit erklärt sich daraus, daß damals ein sehr großer Prozentsatz der Eisenbahnarbeiter seine Tätigkeit nur als Uebergangsstadium zur Tätigkeit und Bezahlung eines Eisenbahnbeamten ansah. Die Möglichkeit, in das Beamtenverhältnis zu kommen, ist bei der Reichsbahngesellschaft jedoch seit ihrem Bestehen auf ein Minimum eingeschränkt worden und für die Zukunft so gut wie gar nicht mehr vorhanden. Auch die Sicherheit eines ständigen Arbeitsverhältnisses besteht nicht mehr. Damit ist aber auch jeder einigermaßen stichhaltige Grund für die schlechtere Bezahlung der Eisenbahnarbeiter weggefallen. Der Vergleich mit 1913, in einfachen Prozentzahlen ausgedrückt, besagt für die wirtschaftliche Lage der Eisenbahnarbeiter von heute gar nichts mehr. Tatsache aber ist, daß die Einkommen der Eisenbahnarbeiter zu einem wesentlichen Teil unter dem Einkommen durchaus vergleichbarer Privatarbeiter liegen. Ein Teil der Löhne im Eisenbahnbetrieb hält nicht einmal das Existenzminimum.

Bei den Beamtengehältern wird vom Präsidenten des Verwaltungsrates ebenfalls nur auf die ziffernmäßige Erhöhung hingewiesen. Auch hier kann bei objektiver Betrachtung nicht übersehen werden, daß die Gehälter der Reichsbahnbeamten, soweit die große Masse in Frage kommt, unter den Gehältern der Reichsbeamten liegen.

Demgegenüber sieht die sehr beachtenswerte Tatsache, daß die Eisenbahner ihre Leistungen derart gesteigert haben, daß heute mit einem um 62 000 Köpfe gekürzten Personalkörper eine Verkehrsleistung bewältigt wird, die um 61 Prozent höher liegt als die von 1924. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß es bei der Reichsbahn keine Ersparnismöglichkeiten gibt. Es gibt solche. Wo sie zu suchen sind, wollen wir in einem besonderen Artikel erläutern.

Gehaltsabbau und Wirtschaftsnot

Der Zentralverband der Angestellten teilt mit:

Der Zentralverband der Angestellten hatte seine Gaufunktionäre und Geschäftsführer zu einer Konferenz nach Essen einberufen, um Stellung zu nehmen zu dem beabsichtigten Gehaltsabbau der Unternehmer. Die Konferenz wurde zu einer Kundgebung der kaufmännischen Angestellten in der Schwerindustrie gegen den beabsichtigten Gehaltsabbau und gegen die Maßnahmen der Reichsregierung zur Beseitigung der Wirtschaftsnot.

Gauleiter Süß-Düsseldorf führte aus: Die in der Schwerindustrie vorgenommene Preissenkung ist in ihrer Art so, daß eine Erleichterung auf dem Binnenmarkt nicht eintreten kann. Die Preissenkungsaktion kostet die Unternehmer blutwenig. Sie machen bei der Lohnsenkung noch ein Geschäft. Lohn- und Gehaltsabbau müssen naturnotwendig eine Schwächung der Kaufkraft zur Folge haben. Die Folge davon ist aber nicht Ankurbelung der Wirtschaft, sondern große Wirtschaftsnot. Verkürzung der Arbeitszeit ist das Gebot der Stunde! Die Wirtschaftskrise ist nicht lediglich auf Kapitalmangel zurückzuführen. Die Schwächung der Kaufkraft des Verbrauchers ist eine der stärksten Triebkräfte dazu gewesen neben den Handlungen der Hochfinanz und der Unternehmer. Die Unternehmer irren, wenn sie glauben, daß ihnen diesmal die Angestellten willig folgen werden. Sie haben den allerschwersten Widerstand gegen ihre Absicht, die Gehälter zu senken, zu erwarten.

Gewerkschaftssekretär Nieland berichtete dann über die Tarifbewegung zum Abschluß eines Rahmentarifvertrages. Die Arbeitgeber hätten für den 30. 6. 1930 die Angestelltengewerkschaften zu einer Besprechung über die Einkommensbezüge eingeladen. Sechs Stunden vor Stattfinden der Besprechung wurde sie wieder abgeblasen. Der Z. d. A. wird unter keinen Umständen seine Hand dazu bieten, daß eine Verringerung der Einkommensbezüge Platz greift. Die Einkommnesregelung ist nicht gekündigt. Die Gewährung einer Leistungszulage ist in das Ermessen der Werksleitung gestellt. Trotzdem darf ein Abzug nicht Platz greifen. Geschieht es dennoch, so ist der zurückgehaltene Einkommensbetrag bei dem zuständigen Arbeitsgericht einzuklagen.

Abschlüsse

Kraftverkehrs A.-G. Westfalen, Dortmund: Diese rein gemeinnützige Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 1929 einschließlich Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 9917 RM. mit einem Bruttogewinn von 112 666 RM. (75 184) ab.

Wicking'sche Portland-Cement- und Wasserkalkwerke A.-G., Münster i. W.: Nach dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht für das Jahr 1929 erzielte die Gesellschaft einen Betriebsüberschuß aus Zement, Kalk, Mergel usw. von 3 735 822 (3 424 390) RM. Reingewinn 2 037 023 (2 283 578) RM. Dividende wieder 10 Prozent.

Kath. Kirchenanleihe in Holland

Die Arnold Gilissens Bank in Amsterdam legt am 30. d. M. eine 8prozentige, zehnjährige Obligationsanleihe des katholischen Kirchenlehens St. Trinitates zu Leipzig, in Höhe von 780 000 Gulden zum Kurse von 100 Prozent zur Zeichnung auf. Diese Anleihe, deren Notierung an der Amsterdamer Börse beantragt wird, wird von der Leipziger Immobilien-Gesellschaft, Bank für Grundbesitz A.-G. in vollem Umfang garantiert. Der Ertrag der Anleihe dient zur Vollendung eines Krankenhauses in Leipzig-Connewitz.

Sitzverlegung bei der Beamten-Internationale

Der Internationale Gewerkschaftsbund teilt mit:

In einer kürzlich in Bern abgehaltenen Sitzung der Beamten-Internationale wurde u. a. die Frage der Anknüpfung bzw. des Ausbaus der Beziehungen zu den auf dem Boden Amsterdams stehenden artverwandten Organisationen besprochen. Ferner kam im Zusammenhang mit der Wahl des jetzigen Sekretärs der Internationale, Noordhoff, zum Beamten des dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Niederländischen Gewerkschaftsbundes die Frage der Sitzverlegung zur Sprache. Es soll dem nächsten Kongreß der Beamten-Internationale vorgeschlagen werden, Falkenberg (Berlin) zum festen Präsidenten zu ernennen und das Sekretariat nach Paris zu verlegen.

Neues Ferienheim der Gemeinde- und Staatsarbeiter

In Kochel am See hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dieser Tage sein neues Ferienheim mit einer schlichten Feier eröffnet. An einer Berglehne, direkt über dem Seeufer, erhebt sich in moderner Architektur bogenförmig das neue Heim. Es gewährt von allen Fenstern aus einen wundervollen Ausblick auf See und Berge. Die Innenräume sind ebenso gediegen und einfach wie zweckmäßig eingerichtet und mit allen Erfordernissen moderner Hygiene ausgestattet. Das Ferienheim dient während der Wintermonate der Ausbildung der Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Der neue Erfolg freigewerkschaftlicher Ferienkultur, den das Heim des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Kochel am See darstellt, hat bei der Eröffnungsfeier dem Vertreter des Staates, dem Bezirksamtmann, die Zunge gelöst. Freimütig erklärte der Herr Oberregierungsrat, es sei eines der erfreulichsten Zeichen der letzten Jahrzehnte, wie sich der vierte Stand, die Arbeiterklasse, emporgearbeitet habe zur Teilnahme an den Freuden des Lebens und es sei kein Zweifel, daß die gewerkschaftlichen Ferienheime einen großen Fortschritt für die Arbeiterklasse bedeuten.

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau

W. Schevenels, der Untersekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, übermittelt uns folgende Ausführungen: Es muß offen gesagt werden, daß die diesjährige Internationale Arbeitskonferenz auf die Delegierten, die zum ersten Male nach Genf gekommen sind, keinen guten Eindruck macht. Bei den Eröffnungsreden und den Begrüßungsansprachen der Leiter der verschiedenen Gruppen herrschte eine zuversichtliche und aufgeweckte Stimmung. Von allen Seiten wurden mit feierlichem Ernst und glaubwürdiger Ueberzeugung schöne Versprechen gemacht, sowie aussichtsvolle Prinzipienerklärungen abgegeben. Uneingeweihte wurden dadurch veranlaßt, den weiteren Verhandlungen vertrauensvoll und mit großen Hoffnungen entgegenzusehen. Ihre Begeisterung wurde jedoch bald abgekühlt.

Trotzdem die Konferenz bereits zwei Wochen an der Arbeit ist, kann von positiven Resultaten noch nicht gesprochen werden. Allein die Reglementskommission leistete schnelle Arbeit, was darauf zurückzuführen ist, daß die Anzahl der Kommissionsmitglieder klein ist und in dieser Kommission keine großen Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen. Auch in diesem Falle kann man jedoch nicht von bedeutenden Beschlüssen sprechen.

Die drei großen Kommissionen, die die wichtigen Fragen der Konferenz zu behandeln haben, sind die Kommissionen für die Zwangsarbeit, für die Arbeitszeit der Angestellten und die Arbeitsdauer in den Kohlengruben.

Man kann nicht sagen, daß die Besprechungen in diesen Kommissionen einen ermutigenden oder befriedigenden Verlauf nehmen. Der Hauptgrund muß darin gesehen werden, daß die Zahl der Kommissionsmitglieder zu groß ist. Es ist ein großes Uebel dieser Konferenzen, Kommissionen zusammenzustellen, die 45, 58 ja sogar 60 Mitglieder umfassen. Schnelle und gute Arbeit wird dadurch unmöglich gemacht. Außerdem stoßen die Befürworter von sozial weittragenden Konventionen auf den Widerstand wirtschaftlicher und politischer Mächte, die jede fruchtbare und zweckdienliche Arbeit verhindern.

Es mag sein, daß da und dort vereinzelte Unternehmer oder Regierungen in gewissen Fragen unmittelbaren Interesses in internationalen Uebereinkommen Schutz suchen. Im allgemeinen ist jedoch die Mehrheit beider Gruppen Konventionen abhold. Wenn auch diese Einstellung nicht offen und brutal zum Ausdruck gebracht wird, so erfolgt doch die allgemeine Stellungnahme in diesem Sinne. Unbeugsamer Wille und unentwegter Kampfesmut, zusammen mit klarer Erkenntnis der bestehenden Möglichkeiten, haben der Arbeitergruppe bis jetzt die Möglichkeit gegeben, taktische Vorteile so auszunutzen, daß in den Kommissionen bei der Verteidigung der Interessen der Arbeiter trotz alledem praktische Resultate erzielt werden.

Damit ist nicht gesagt, daß das Endresultat schon sichergestellt ist. Niemand kann schon jetzt sagen, welche Konventionen mit Sicherheit zur Annahme gelangen, und daß sie, wenn sie angenommen werden, jenes Mindestmaß unserer Forderungen erfüllen, auf das die Arbeiterklasse im Jahre 1930 Anspruch erheben kann und ohne das sich die Annahme eines Uebereinkommens nicht lohnt.

Wie die Dinge zur Zeit liegen, kann mit der Annahme von mindestens zwei Konventionen sowie damit gerechnet werden, daß beide Konventionen für die Arbeiterklasse und die Gemeinschaft so viele Vorteile enthalten werden, daß sie als schöner Erfolg gebucht werden können.

Ziemlich hoffnungslos ist hingegen der Fall der Konvention über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Es ist sehr fraglich, ob dieses Uebereinkommen überhaupt zur Annahme gelangen wird.

Zunächst wurden große Einwände gegen das gewählte Schichtensystem laut. Das Arbeitsamt und die Befürworter der Konvention versuchten zu bewirken, daß, obwohl die übliche erste Lesung nicht stattfand, schon auf dieser Konferenz ein endgültiger Beschluß gefaßt werden kann. Dieser Vorschlag wurde auch zum ersten Vorwand der Gegner, die die statutengemäß vorgesehene doppelte Lesung verlangten. Ferner wenden sich gewisse Delegierte dagegen, daß die Konvention nur für neun europäische Länder Geltung haben soll, hingegen alle anderen Länder bei der Besprechung und Beschlußfassung mitwirken sollen.

Ohne Zweifel sind dies ernstliche Hinderungsgründe. Die Konferenz würde jedoch wahrscheinlich darum herumkommen, wenn die Hauptsache, die Arbeitszeitfrage, zu einer guten Lösung gebracht werden könnte. Dies ist jedoch äußerst fraglich. Der von der Arbeitergruppe vorgeschlagene Siebenstundentag von Bank zu Bank wurde verworfen. Das gleiche Los wurde den Vorschlägen der Unternehmer (8 Stunden), des Arbeitsamtes selber (7½ Stunden bzw. vorübergehend für 3 Jahre 7¾ Stunden) und Deutschlands (7¾ Stunden und neue Beschlußfassung nach 3 Jahren) zuteil. Die Aussichten für diese Konvention sind sehr schlecht, und falls nicht noch im letzten Augenblick eine günstige Wendung eintritt, werden die diesjährigen Verhandlungen doch notgedrungen als erste Diskussion betrachtet werden müssen.

Die kommunistischen Stänkereien leid

Die Bergarbeitergewerkschaften von Südwales haben in einzelnen Distrikten beschlossen, die kommunistische Propaganda innerhalb des Verbandes nicht mehr zu dulden. Der Vertrieb des kommunistischen Agitationsmaterials wurde untersagt.

Unterhaltung und Wissen

Gang durch Rothenburg ob der Tauber

Ein Stück Mittelalter

Die Stadt der Fremdenführer

Von Kissingen eilt das Auto über Würzburg nach der Stadt, deren Name allein die Erinnerung an das deutsche Mittelalter wach ruft: Rothenburg ob der Tauber. Wir müssen eilen; pünktlich um 12 Uhr mittags schlägt die Kunstuhr; noch 15 Minuten Zeit und noch 15 Kilometer bis nach dem Markte. Der Wagen eilt über die Landstraße; durch die Dörfer müssen wir ja mit der Geschwindigkeit heruntergehen. Zehn Sekunden vor Mittag läuft der Wagen auf den Marktplatz. Die Sonne brütet heiß auf den Dächern und brennt in die Gesichter aller derer, die erwartungsvoll zum Giebel der einstigen Herrentrinkstube hinaufschauen; Touristen in Breeches und Sportstrümpfen, Damen in modischer Kleidung mit Stöckelschuhen, Wandervögel mit Rucksäcken und Klampfe, Schulkinder, Studenten, Lehrer; es scheint, als ob die ganze wandernde Bevölkerung Frankens sich hier zum Stelldichein treffen wolle. Und als Symbol tempoerfüllter Gegenwart noch ein paar Dutzend Automobile, deren Insassen ebenso interessiert die Blicke nach oben richten.

Die Uhr schlägt; zwei Fenster springen auf; links steht Tilly, rechts Altbürgermeister Nusch; der hebt einen Riesenkrug und trinkt wie einst, als er durch diesen Trunk die Stadt rettete. Das war am 29. September 1632.

Tilly hatte die Stadt nach verzweifelter Gegenwehr genommen und den Rat zum Tode verurteilt. Bürgermeister Petzold mußte selbst den Scharfrichter holen. Der Tag war heiß, und der fränkische Wein, der dem Sieger gereicht wurde, stimmte die Gemüter versöhnlicher. Wenn sich einer fände, der den vier Liter fassenden Kaiserpokal auf einen Zug leere, dann sollte Gnade vor Recht ergehen. Bürgermeister Nusch tat den Meistertrunk; und alljährlich zu Pfingsten erinnert ein Festspiel an jene „guten alten" Zeiten, die noch nichts von Reparationsproblemen wußten, und in der man mit Frankenwein in genügend großer Dosis eine ganze Stadt retten konnte.

Wir gehen ins Rathaus, jenen wundervollen Bau, der, in seinem ältesten Teile strenge Gotik, über den Baustil der sonnigen Renaissance schon die ersten Anzeichen des leidenschaftlichen Barock ausdrückt.

Ein finsteres Verließ, ein Kellerraum mit meterdicken Mauern, dumpf, dunkel und unheimlich, ist der Platz, an dem Rothenburgs größtes politisches Genie, Bürgermeister Heinrich Toppler, auf geheimnisvolle Weise ums Leben kam.

Von den Bürgern erst vergöttert und dann in der Not verraten, starb er hier 1408 „nicht ohne den Verdacht, daß es kein natürlicher Tod gewesen sei". Sein Schicksal hat Schreckenbach in einem seiner historischen Romane dichterisch gestaltet. Wir empfinden an seiner Todesstätte jenen geheimnisvollen Schauder, den immer das Gefühl eines über die Brücke von Jahrhunderten hergestellten Zusammenhanges auslöstt.

Ueber halsbrecherische krumme Treppen, über typisch mittelalterliches Quadermauerwerk klettern wir auf den Rathausturm. Tief unten liegt die Perle des deutschen Mittelalters, die Stadt, deren Macht einst selbst das stolze Nürnberg in Angst versetzte. Rings um die Stadt die Mauern mit ihren Türmen und Toren und Wehrgängen; gotische Häuser drängen sich zu krummen Gassen zusammen; eingebettet zwischen Hügeln und Wäldern, idyllisch von der Tauber umflossen, genügt allein das Panorama, die Anziehungskraft dieser Stadt verständlich zu machen.

Dann streichen wir stundenlang durch die Gassen und Gäßchen, durch Torbögen und Höfe, stöbern in Winkeln und Nischen umher und freuen uns wie harmlose Kinder über jedes schöne Fleckchen, das wir entdecken.

Und es gibt unendlich viel zu sehen; kaum ein Tag reicht, um einen ersten, oberflächlichen Eindruck zu gewinnen. Jeder Stein, jede Front eines einfachen Bürgerhauses erinnert an jene „dunkle Nacht mit wenigen leuchtenden Sternen", wie ein deutscher Historiker das Mittelalter nannte. Müde vom Schauen und Genießen landen wir endlich zum Essen in einem der vielen Gasthöfe und lassen uns zum Mahl den Würzburger Wein munden. Von den Wänden des „stilecht" gehaltenen Raumes mahnen uns Sprüche wie:

„Des Bürgers erste Pflicht ist Ruh';
bedenke dies und wein' dazu!"

oder:

„Herrn Rusch im Trinken nachzustreben,
ist hier die beste Möglichkeit gegeben."

Die herzliche Gesinnung von einst verkündet folgende Einladung:

„Bauersmann, bist willkummen;
Wird dir nimmer Kopf abg'nummen."

Am treffendsten fand ich folgende Weisheit:

„Im Kaiserstuhl saß Wenzeslaus;
Die Stadt bezahlte Wein und Schmaus.
Verhüll' dein Haupt, mein Lieber:
Die Zeiten sind vorüber."

Die Erinnerung an die Zeiten wird durch Tafeln an unzähligen Häusern wachgehalten: „Hier wohnte Kaiser Maximilian 1513 . . ." „Hier übernachtete Christian I. von Dänemark 1474 sieben Tage lang."

* * *

Rothenburg ist die Stadt der Fremdenführer. Ich glaube, jeder zweite Rothenburger wird bereits als Fremdenführer geboren. Wir kommen auf unsrer Streife zufällig in eine kleine, geöffnete Kapelle; im Augenblick des Eintretens begrüßt uns ein etwa zehnjähriger Junge, der mit heller Stimme seine Führerpredigt herunterfingt, besser: skandiert; er ist peinlichst bemüht, hochdeutsch zu sprechen, und wirkt wie ein schlechter Sprechautomat. Ein anderer Führer im „Staudtschen Haus", dessen wundervollen, efeuumsponnenen Hof wir besichtigen, ist bestrebt, seinem von Marcell Salzer her berühmten böhmischen Kollegen in Bezug auf Stilblüten Konkurrenz zu machen: „Seit dem 16. Jahrhundert ist das Haus im Besitze der Familie Staudt. Dieser Efeu, den Sie hier sehen, ist aus dem 13. Jahrhundert und sind aus diesem Efeu dort oben drei Bäumchen gezogen, und diese Farben hier sind die alten Reichsfarben. Diese beiden Hochstämme, die Sie hier sehen, sind eine Eipe (er meinte Eibe); ein seltener Baum; (jetzt wichtig und überlegen:) wo er gewöhnlich vorkommt, ist er buschartig; (erzählend-freundlich:) da haben die alten Deutschen Pfeil und Bogen draus geschnitzt." In der Jacobinerkirche erklärt uns ein Führer den Blutaltar, ein Meisterwerk Riemenschneiderscher Holzschnitzkunst: „Drei Jahre hat der Meister daran gearbeitet. 109 Gulden hat der Altar gekostet; Die Rechnung ist noch erhalten. Hierher wurden früher Wallfahrten gemacht, und davon lebte Rothenburg."

Wir sehen uns an und schmunzeln. Alles amüsiert sich. Heute ist das nämlich auch nicht anders; die Wallfahrer haben sich geändert, nicht das Wallfahren. Rotenburg ist Touristenknotenpunkt, und die heutige Generation seiner Bürger hat es verstanden, ein einwandfrei konserviertes Stück Mittelalter zu einer einträglichen Touristenausbeutungsquelle zu machen. Wer nicht von den Einheimischen fremdenführt, der hat einen Laden mit Andenken und „garantierten" Altertümern; oder eine Kneipe, ein Kaffeehaus oder eine Weinstube. Wer alles halbwegs Sehenswerte anschaut, kann dabei einen hübschen Batzen Geld als Eintrittspreis los werden.

Als wir am Abend wieder ins Auto steigen, war unser Geldbeutel wesentlich leichter geworden; aber es ist uns nicht leid darum. Es geht wieder nach Kissingen. Lange schauen wir uns um, bis das letzte rote Ziegeldach entschindet. In Würzburg machen wir in der Weinbrobierstube an der Residenz Rast und beschließen den Tag, indem wir mit goldenem Frankenwein auf das Gedenken von Generationen anstoßen, von denen uns ein halbes Jahrtausend trennt, und deren Geist noch heute in ihren Schöpfungen lebendig ist.

Richard Lehmann.

Ehescheidungen im alten Rom

Im alten Rom gab es die Zwölftafelgesetze, die den Römern eine Trennung der Ehe in zwingenden Fällen gestatteten. Es ist jedoch wenig bekannt, daß die Römer von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht hätten. Keiner der lateinischen Schriftsteller berichtet über geschiedene Ehen, und man ist im Laufe der Jahrhunderte zu dem Schluß gekommen, daß die Römer die Ehe keineswegs für das wichtigste Ereignis ihres Lebens hielten. Indessen haben die Forschungen der letzten Jahrzehnte doch einige positive Berichte ans Licht gebracht. So steht der Name des ersten Römers, der sich auf Grund der Gesetze scheiden ließ, fest: er hieß Spurius Carvilius Ruga. Die Beweggründe seines damals noch aufsehenerregenden Schrittes waren durchaus vernünftiger Natur; es gibt mehrere Quellen, die über diesen als den ersten Fall einer Ehescheidung im alten Rom berichten.

Später löste man Ehen aus ziemlich nichtigen Ursachen. So ließ sich C. Sulpicius scheiden, weil seine Gattin mit unbedecktem Kopfe auf die Straße gegangen und gesehen worden war. Antistius Vetus verlangte Scheidung, weil sein Weib mit einem Freigelassenen (früheren Sklaven) gesprochen hatte; das Weib des Sempronius Sophus hatte allein das Theater besucht. Cicero, der Vater der Beredtsamkeit, trennte sich von seiner Frau Terentia, weil sie während seiner Abwesenheit das Haus nicht sorgfältig genug verwaltet und vor allem — zu viel Geld verbraucht hatte. Von seiner zweiten Frau wurde Cicero ebenfalls geschieden, weil sie sich über den Tod Tullias, seiner über alles geliebten Tochter, zu freuen schien. Auch Cäsar und Pompejus ließen sich von ihren Frauen scheiden.

Daß in der Kaiserzeit, dem Beginn des Verfalls des großen Rom, die Ehescheidungen überhand nahmen, wird nicht wundernehmen. Die damaligen Verhältnisse sind mit den heutigen amerikanischen durchaus vergleichbar. Auch die Frauen maßten sich das Recht an, die Scheidung zu begehren. Seneca, der große Philosoph, bemerkte spöttisch: die Weiber berechnen ihre Jahre nicht mehr nach den Konsuln, unter denen sie gelebt haben, sondern nach der Anzahl der Männer, mit denen sie verheiratet gewesen sind.

G. S.

Der Fremdenführer

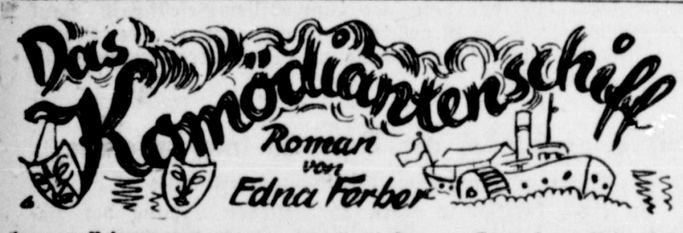
Am Mägdesprung im Harz. Ein Führer erklärt:
„Das heißd nämlich so, weil hier ä Mädjn runtergeschbrung is."
Fragt ein Fremder: „Aus Lebensüberdruß?"
„Näh, näh, aus Quädlinburch."

Kurz und bündig

Eine Zeitung veranstaltet bei den Prominenten der Reichshauptstadt eine Rundfrage: „Was würden Sie tun, wenn Sie das Vermögen Henry Fords besäßen?" Ein berühmter Komiker schickte als Antwort einen leeren Briefbogen an die Redaktion.

Das Lehrobjekt

„Lili, siehst du, die Magd dort melkt die Kuh."
Lili beobachtet aufmerksam. Als sie ein Kalb auf der Wiese bemerkt, äußert sie:
„Und da dran hat wohl die Magd das Melken gelernt?"



Autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Gertrud von Hollander.
66] Gebrüder Enoch Verlag, Hamburg.

Diese Frauen waren tatsächlich für die Moderichtung maßgebend, hatte Gay erzählt. Hetty Chilsons Mädchen trugen elgante, diskrete und beinahe solide Kleider und keinerlei Schmuck. Sie waren anscheinend ein allgemein anerkannter Faktor der Welt, in der Gaylord Ravenal sich bewegte. Selbst in dem primitiven Leben, wie es sich auf den Flüssen abspielte, hatte Magnolia es stets so aufgefaßt, daß Frauen von Hetty Chilsons Beruf von der Oeffentlichkeit schlechthin totgeschwiegen wurden. Sie gehörten nicht zu den alltäglichen Erscheinungen, sondern führten ein schattenhaftes, unheimliches und übelbeleumundetes Dasein. In diesem neuen Leben jedoch machte Magnolia die überraschende Erfahrung, daß diese Damen in dem sozialen und politischen Leben der Riesenstadt Chikago eine wichtige Rolle spielten. Die rundliche, ganz hübsche Blondine mit der sicheren Haltung, deren schlauer Blick und herzhaftes Gelächter einem unwillkürlich auffiel — das also war Hetty Chilson. Die Reiterinnen in den schmucken, knappenliegenden Reitkostümen, denen man jeden Morgen im Lincoln-Park begegnete, waren mit großer Wahrscheinlichkeit Hetty-Chilson-Girls. Sie war in ihrer Weise tatsächlich eine Macht. Zeigte man Fremden die Sehenswürdikeiten Chikagos — das Potter-Palmer-Schloß an der Seeuferpromenade, das Kunstmuseum, die Viehhöfe, das Auditorium-Hotel, die großen Patrizierhäuser von Phil Armour und seinem Sohn auf der Michigan-Allee, deren Gärten einen ganzen Häuserblock umspannten — so wies man auch auf Hetty Chilsons Besitzung hin (selbstverständlich mit etwas leiserer Stimme und einem leichten Grinsen, vielleicht sogar mit einem gelinden Stoß in die Rippen). Ein ansehnliches Backsteinhaus in der Clarkstraße, mit zwei steinernen Löwen als sonderbaren Tugendwächtern vor seinen gastfreien Portalen.

„Hetty Chilsons Haus", hörte Magnolia mit weitaufgerissenen Augen ihren Mann erklären, „ist eine Art Klub. Du trifft dort mit großer Wahrscheinlichkeit jeden prominenten Politiker von Chikago, der seine Zigarre raucht und gemütlich seine Flasche Wein trinkt. Und die Hälfte der sämtlichen politischen Komplotte, von denen du später in den Zeitungen liest, sind bei Hetty ausgebrütet worden. Sie ist eine fabelhafte Person. Draußen hinter der neunzigsten Straße hat sie für ihre Eltern eine Farm gekauft. Und unten bei Momence — etwa sechzig Meilen südlich von hier — hat sie einen Landsitz mit einer der besten Bibliotheken im Lande. Cervantes — Balzac — die seltensten Ausgaben. Einen Stall voll Pferde — einen Rosengarten —"

„Aber, Gay!"

„Hettys Equipage erregte Aufsehen, wenn sie um die Einkaufsstunde durch die Staatestraße gefahren kam. Jede Königin wäre damit zufrieden gewesen. Der Bau des Wagens verriet seine Herkunft aus einer allerersten Firma, und die Lackierung glänzte tiefschwarz wie ein Klavierdeckel. Hettys weite Röcke lagen faltig auf den pflaumenblauen Kissen. War es Sommer, so wehten die Spitzenfalbeln ihres Sonnenschirmes sanft im Winde. Im Winter umhüllte ein Nerzmantel ihre volle Gestalt. Eine ihrer jungen Damen saß neben ihr, tadellos angezogen, blaß und hochmütig. Auf dem Vordersitz zwei Männer in Livree. Metallisch glänzendes Zaumzeug, das prachtvoll klirrte. Zwei schlanke nervöse Braune. Die Königin ihrer Welt — Chikagos Halbwelt."

„Aber Gay, ich bitte dich!"

„Na, und wie war's in Frankreich?"

„In Frankreich?"

„Wie war es denn mit den Frauen, von denen du früher genug gelesen, deren Namen du sogar in der Schule auswendig gelernt hast? Pompadour und Maintenon und Dubarry! Mischten sie sich damals nicht auch in die Politik, und wußte man etwa nicht, wer sie waren? Es waren Kurtisanen, weiter gar nichts. Du denkst wohl, weil sie weiße Perücken und seidene Krinolinen und Schönheitspflästerchen trugen —"

„Sie ist eine ganz gewöhnliche Frau aus Chikago, Gaylord Ravenal. Und alle Perücken und Krinolinen und Schönheitspflästerchen könnten daran nichts ändern. Sie ist ebensowenig eine Dubarry, wie dein Schuhputzer ein — ein Mazarin ist."

Es sah beinahe aus, als fände er ein perverses Vergnügen daran, sie in dieser Weise zu verblüffen. Sie war nicht etwa schockiert in des Wortes eigentlicher Bedeutung. Sie war erstaunt und ein wenig erschrocken. In solchen Augenblicken stand zu ihrer Verwunderung Parthenia Ann Hawks' strenges Gesicht vor ihrem geistigen Auge. Was würde wohl Parthy sagen, wenn sie solche angenehmen Erscheinungen wie Hetty Chilson, Doc Haggerty, Mike McDonald und Effie Hankins hätte aufmarschieren sehen? Obwohl Magnolia sehr unbehaglich zumute war, mußte sie doch lächeln, wenn sie sich das niederschmetternde Urteil ihrer Mutter über diese ganze liederliche Gesellschaft vorstellte. Parthys Vokabularium war ziemlich eindeutig. Eine Dirne war eine Dirne, und ein Liederjahn ein Liederjahn. Aber ihr Vater, dachte sie weiter, hätte für das alles Interesse gehabt und sich nicht wenig darüber amüsiert. Seinen scharfen braunen Augen wäre nichts entgangen, er wäre auf lauter Entdeckungsreisen ausgegangen in der schmalen und etwas finsteren Gasse zwischen der Washington- und der Madisonstraße, die jedes Kind unter dem Namen Spielergasse kannte; er hätte sicher selbst mal die Karten in die Hand genommen und die galanten Damen sofort richtig eintaxiert. Er wäre in Sam T. Jacks Komödienhaus in der Madisonstraße gegangen, vielleicht in Kohl F. Middletons Varieté und ganz gewiß in Hooleys Theater. Nichts in Chicagos Lebewelt wäre dem kleinen Andy entgangen, und nichts hätte ihn aus der Ruhe gebracht.

„Man muß alles gesehen haben, Rolly", hatte er oft zu ihr in den Tagen der alten Baumwollblüte gesagt, wenn Parthy nicht wollte, daß sie zwischen den Vorstellungen auf Entdeckungsreisen an Land gingen. „Glaube es ja nicht, wenn es heißt: was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Das ist gewaltig gelogen. Sieh dir alles an und gehe deinen eigenen Weg — dann kann dir nichts passieren. Und wenn es mal nicht hübsch ist, was du zu sehen bekommst — was ist schon dabei! Sieh es dir immerhin an. Das nächste Mal brauchst du ja dann nicht hinzusehen."

Magnolia blickte sich um und fand, daß sie alles sah.

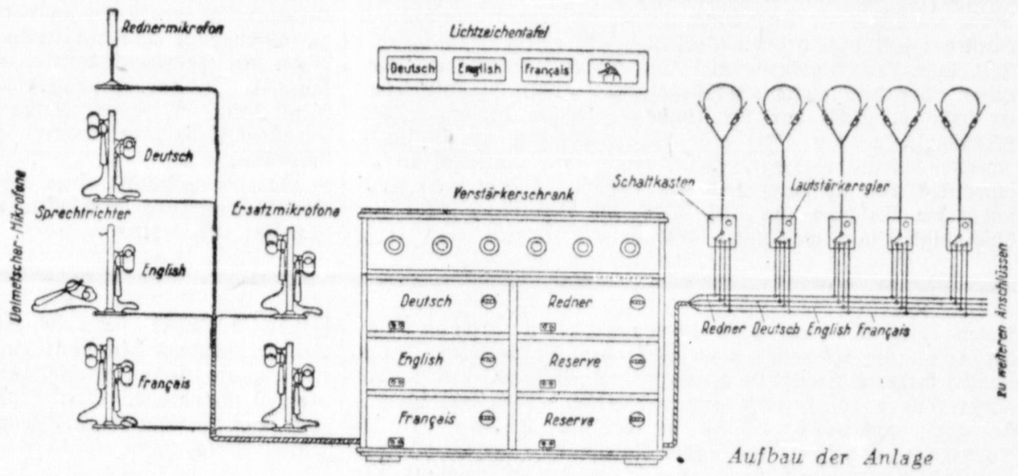
Das meiste Geld war beim Pharo draufgegangen. Anfänger spielten Roulette, Poker, Hasard; der echte Spieler aber spielte Pharo. Pharo war Gaylord Ravenals Spiel, und Jeff Hankins' und Mike McDonalds Salon waren das Paradies, wo um die höchsten Einsätze gespielt wurde. Pharo war für Gaylord Ravenal mehr als ein Spiel — es bedeutete gleichzeitig für ihn Beruf, Wissenschaft, Arzenei, Champagner und Geliebte. Er hatte unglücklicherweise, wie die meisten passionierten Spieler, kein anderes Laster. Er trank selten und auch dann nur mäßig, rauchte wenig, höchstens mal eine leichte Zigarre, aß kleine Portionen und verschmähte sogar den Diamantenring und die Brillanten im Vorhemd, wie sie unter seinesgleichen üblich waren. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Reich der Technik

Der Mehrsprachen-Apparat

der Berliner Weltkraftkonferenz

Die große internationale Weltkraftkonferenz wird bei ihrer nächsten Volltagung, die vom 16. bis 25. Juni in Berlin stattfindet, eine technische Neuerung in ihren Dienst stellen, die geeignet ist, bei allen Veranstaltungen, deren Teilnehmer verschiedene Sprachen sprechen, wesentlich zur Erleichterung der Verhandlungen beizutragen; der Mehrsprachenapparat. Diese in den Sitzungssälen der Konferenz eingebaute Uebersetzeranlage bezweckt, die Rede des jeweiligen Vortragenden jedem Zuhörer unmittelbar in die von ihm verstandene Kongreßsprache, Deutsch, Englisch oder Französisch bereits übersetzt zuzuleiten. Vor dem Rednerpult nehmen so viele Dolmetscher Platz, wie Uebersetzungen benötigt werden, und zwar vermag die für die Berliner Weltkraftkonferenz geschaffene Anlage sogar bis zu fünf Uebersetzungen gleichzeitig zu verbreiten. Außer den drei genannten Sprachen könnten also noch zwei weitere übertragen werden. Die Dolmetscher, die selbstverständlich außerordentlich gewandt sein müssen, übersetzen sofort die Worte des Redners und sprechen die Uebersetzung in ein Mikrophon besonderer Konstruktion. Es ist mit einem schalldichten Trichter versehen, damit die Dolmetscher weder einander noch die Versammlung stören.



Aufbau der Anlage

Um ein pausenloses Ablösen zweier Dolmetscher zu ermöglichen, sind jeweils zwei Mikrophone parallel geschaltet. Die von den Mikrophonen ausgehenden Sprechströme gelangen in je einen Verstärker und von hier zu Schaltkästen, an welche die Zuhörer ihre Kopfhörer anschließen. Der vor jedem Teilnehmer stehende Schaltkasten weist außerdem noch einen Druckknopf auf, mit dem die Lautstärke zu regulieren ist. Da der Redner selbst gleichfalls in ein Mikrophon spricht, damit seine Ansprache auch mit Kopfhörern aufgenommen werden kann, hat jeder Zuhörer — vorausgesetzt, daß sämtliche Dolmetscherplätze besetzt sind — die Auswahl unter sechs Sprachen. Um allgemein erkennbar zu machen, welche Sprachen im jeweiligen Augenblick abgehört werden können, wird hinter dem Vortragspult eine Tafel mit sechs Signallampen angebracht, von denen so viele aufleuchten, wie Sprecher tätig sind. Die gleiche Signaltafel befindet sich



Vortragssaal während eines Vortrages

auch an der Verstärkereinrichtung, um hier anzuzeigen, welche Verstärker benötigt werden.

Die gesamte Anlage wird von der Firma Siemens u. Halske errichtet. Benutzt sind dreistufige Netzanschlußverstärker, die zu sechs in einem Schrank zusammengebaut



Dolmetschertisch

sind. Für die gesamte Apparatur werden ungefähr 5 bis 6 Kilometer Doppelleitung verlegt, um 1000 Hörstellen in den Vortragssälen anschließen zu können.

Wohl selten ist eine internationale Tagung mit solcher Sorgfalt vorbereitet worden, wie die im Juni nach Berlin einberufene Vollsitzung der Weltkraftkonferenz, zu der sich bereits jetzt die Vertreter von 36 Staaten angemeldet haben. Fast alle von diesen Staaten steuern wertvolle wissenschaftliche Beiträge zu den Fachverhandlungen bei, die sich über 10 Tage erstrecken werden; nicht weniger als 400 Berichte liegen der im Berliner Ingenieurhaus befindlichen Geschäftsstelle vor.

Die 400 Berichte kommen jedoch nicht einzeln zum Vortrag, sondern werden zu insgesamt 34 Generalberichten zusammengefaßt, die von deutschen Referenten — selbstverständlich hervorragenden Vertretern ihres Faches — in deutscher Sprache erstattet werden.



Hörergruppe

Ausziehbare Laderampen

Für die Behandlung der Leigzüge ist im Bezirk der Reichsbahndirektion Oldenburg eine ausziehbare Laderampe eingeführt worden, die die Abfertigung des Zuges im Hauptgleise und die Verwendung von Hubwagen und Ladegestellen oder fahrbaren Behältern ermöglicht. Mit der ausziehbaren Laderampe kann der Ueberladeweg vom Schuppen vom Zuge durch einen Bediensteten in kürzester Zeit mühelos hergestellt werden. Die Laderampe und die beweglichen Teile haben eine Tragkraft von 3000 Kilogramm und eine durchschnittliche Breite von 1,50 Meter.

In ihrer einfachsten Form besteht die Laderampe aus dem beweglichen Oberteil und dem feststehenden Gestell. Der Oberteil ist mit vier Laufrädern versehen. Während die hinteren Laufräder durch Winkeleisen zu beiden Seiten außen am Gestell geführt werden, bewegen sich die vorderen Laufräder frei über dem Boden. In der Ruhestellung (Bild 1) befindet sich der Oberteil auf dem Gestell,

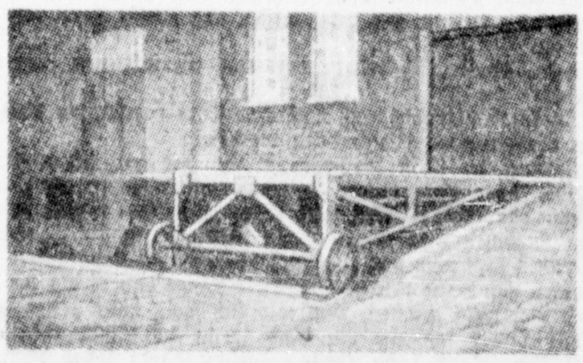


Bild 1. Ausziehbare Laderampe für Leigzüge in Ruhestellung

so daß jener Teil zur Herstellung des Ueberladeweges vorgezogen werden muß. Dabei legt sich der Oberteil auf das Gestell auf, weil die Winkeleisenführung am Ende etwas herabgebogen ist (Bild 2).

Diese ausziehbare Laderampe kann durch weitere bewegliche Teile erweitert werden, und zwar: 1. durch den Unterteil oder die Ladebrücke und 2. durch den Unterteil mit der Ladebrücke.

Am Unterteil sind ebenfalls vier Laufräder angebracht, die sich in derselben Weise wie die des Oberteils bewegen, nur daß die Führung für die hinteren Laufräder innen am Gestell befestigt ist. Der Unterteil befindet sich in der Ruhestellung unter dem Gestell und wird zum Gebrauch ebenfalls vorgezogen. Bei der Verwendung des Unterteils wird die Laderampe nach der einen Seite durch den Oberteil und nach der anderen Seite durch den Unterteil verlängert. Statt des Unterteils kann zur Verlängerung nach dieser Seite auch die Ladebrücke verwandt werden, und zwar dann, wenn die Länge nicht allzu groß ist, weil die Ladebrücke sonst sehr stark konstruiert werden müßte. Die Ladebrücke läuft auf Rollen und befindet sich in der

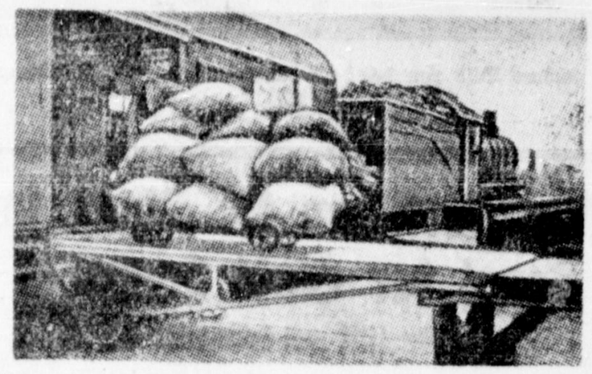


Bild 2. Ausziehbare Laderampe für Leigzüge als Verladeweg vorgezogen

Ruhestellung unter dem Gestell. Falls die Länge der Ladebrücke oder die des Unterteils nicht ausreicht, können diese beiden Teile auch zusammen verwandt werden, so daß die Rampe nach der einen Seite durch den Oberteil und nach der anderen Seite zunächst durch den Unterteil und dann durch die Ladebrücke verlängert wird. In diesem Falle befindet sich die Ladebrücke in der Ruhestellung unter dem Unterteil. Die ausziehbare Laderampe kann natürlich auch nur aus Gestell, Unterteil und Ladebrücke bestehen. Diese Form kommt in Betracht, wenn die Rampe nur nach einer Seite verlängert zu werden braucht und dafür die Länge des Oberteils nicht ausreicht.

Die einzelnen Längen der beweglichen Teile können nicht größer als die Länge des feststehenden Gestells sein. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß vom Oberteil 50 Zentimeter, vom Unterteil 20 Zentimeter und von der Ladebrücke 50 Zentimeter verlorengehen, weil die einzelnen Teile übereinander fassen. Die Länge des feststehenden Gestells muß nach den örtlichen Verhältnissen und nach der Größe des Ueberladeweges ermittelt werden. Mit einem Gestell von 3,20 Meter Länge kann zum Beispiel ein Ueberladeweg von 11,60 Meter Länge geschaffen werden (Gestell 3,20 Meter, Oberteil 2,70 Meter, Unterteil 3 Meter und Ladebrücke 2,70 Meter).

Nikotin, ein gefährliches Rauschgift

Giftiger als Blausäure und gelber Phosphor

Der Tabakrauch enthält ein ganzes Register chemischer Stoffe: Pyridinbasen (das stinkende Denaturierungsmittel im Brennspiritus), Ammoniak, Blausäure, Kohlenoxyd, Kohlensäure, Methylalkohol, Brenzöl, ferner teerige und harzartige Produkte, alles Stoffe, die sich zusammen mit Wasser in dem Abgußstück der früher so beliebten langen Pfeife als „Pfeifensaft" ansammelten. Beim Zigarren- und Zigarettenrauchen gelangen diese Stoffe mit dem Rauch in die Schleimhäute von Mund, Nase und Lunge und werden von ihnen teilweise rasch absorbiert (aufgesaugt).

Nikotin ist bis zu 5 Proz. in Tabaken enthalten. Das reine Nikotin ist eine farblose Flüssigkeit, die erst bei 245 Grad kocht. Es löst sich leicht in Wasser und Alkohol, besitzt einen betäubenden Geruch und einen brennenden Geschmack. Das reine Nikotin ist eines unserer allerheftigsten Gifte. Es ist giftiger als die Blausäure und mindestens ebenso giftig wie der gelbe Phosphor. Bereits sein Geruch ist todbringend; kleine Vögel sterben augenblicklich, wenn man ihnen einen mit Nikotin befeuchteten Glasstab vor den Schnabel hält. Drei Tropfen Nikotin töten Hunde und Katzen in wenigen Minuten. Drei Gramm Schnupftabak oder 30 Gramm zerschnittener Tabak innerlich genommen, sowie ein Klistier von einem Aufguß von nur 2 Gramm Tabak töten einen Menschen. Zwei Studenten, von denen der eine mit einem tausendstel Gramm, der andere mit 4 tausendstel Gramm reinem Nikotin Selbstversuche gemacht hatten, wurden gefährlich vergiftet. Der mit der größeren Dosis Vergiftete bekam bereits kühle Glieder und Krämpfe. Das Krankheitsbild einer Nikotinvergiftung hat große Aehnlichkeit mit der syphilitischen Tabes: „Das vergiftete Individuum bekommt Unbehagen mit Uebelkeit und Schwindel. Der Zustand verschlimmert sich schnell. Die Uebelkeit verwandelt sich in Erbrechen und die Wärme im Unterleib in starke Koliken. Dann wird die Haut blaß und bedeckt sich mit kaltem Schweiß. Die Ohren brausen oder klingen, bald verfällt der Vergiftete in Lähmung. Die Pupillen sind verschieden weit auf. Der Blick wird starr und die Empfindung halb aufgehoben. Der bisher kleine gespannte Puls wird aussetzend und fast unfühlbar. Die Glieder erkalten und der Kranke stirbt in Bewußtlosigkeit. Der Ausgang in Genesung erfolgt durch tiefen Schlaf, nach welchem aber Zerschlagenheit der Glieder und großer Ekel vor Tabak noch einige Tage zurückbleiben."

Auch die äußere Haut kann Nikotin aufnehmen, denn man beobachtete schwere Nikotinvergiftungen an Schmugglern, welche Tabakblätter auf ihrem Körper verborgen hatten.

Im Hinblick auf diese furchtbare Giftwirkung des Nikotins entsteht nun die Frage: Wie ist es zu erklären, daß ein Raucher mehrere Zigarren vertragen kann, von denen bereits eine mehr als die tödliche Dosis enthält? Hierfür können im wesentlichen drei Gründe angeführt werden: Das Nikotin kommt mit dem Rauch nur in allergrößter Verdünnung in den Organismus. Es wird von den Schleimhäuten nicht alles Nikotin aus dem Rauch aufgenommen, um so mehr natürlich, je länger der Rauch im Munde bleibt und je tiefer er in die Lungen eingesaugt wird. Endlich tritt eine gewisse Gewöhnung an die Nebengifte des Rauches ein; eine Gewöhnung an Nikotin selbst gibt es nicht!



Ein schönes Bild von den deutschamerikanischen Segelwettkämpfen in Kiel.

Der Streit um die Macht im Senat der Stadt Hannover

Zentrumspolitik mit doppelter Moral

k Bei den letzten Kommunalwahlen errang die Sozialdemokratie in Hannover die Mehrheit im Stadtparlament. Der Senat (Magistrat) weist aber noch eine bürgerliche Mehrheit auf. Da übereinstimmende Beschlüsse beider Körperschaften in den meisten Fällen notwendig sind, entsteht daraus fortwährender Konfliktstoff, um so mehr, da die bürgerliche Senatsmehrheit unter Führung des Oberbürgermeisters Menge wie bisher auf bewußte Ausschaltung des sozialdemokratischen Einflusses hinarbeitet. Im Senat sind nun drei Stellen unbesetzt. Die Sozialdemokraten wollen die Besetzung. Die Mehrheit des Senats lehnt die Besetzung ab. Sie schützt den Willen zur Sparsamkeit vor. In Wirklichkeit aber geht es ihr nur darum, eine Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses im Senat zu verhindern. Die Bürgerlichen beschuldigen die Sozialdemokraten der Verschwendungswut. Auch die „Tremonia" macht sich diese Beschimpfungen der Sozialdemokraten in Hannover zu eigen, weil angeblich beim Provinzialrat für die Forderung der Sozialdemokratie mehr Verständnis herrscht, wie beim Bezirksausschuß, der gegen die Stadtverordnetenversammlung entschied. Auch die „Tremonia" fordert das Eingreifen der Staatsregierung. Sie behauptet, das „natürliche Rechtsempfinden" erfordere Ablehnung des sozialdemokratischen Strebens.

Wenn das Zentrum sich in der Situation der Hannoverschen Sozialdemokratie befände, dann wäre totsicher das Urteil der „Tremonia" anders. Dafür liegen Beispiele vor. Wir erinnern an Krefeld, das anläßlich der großen Umgemeindungsaktion mit Uerdingen und einigen anderen Gemeinden zu einer neuen Stadt zusammengelegt wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde der bisherige Oberbürgermeister mit vollem Gehalt verabschiedet — nur deshalb, weil er nicht Zentrumsmann ist. An seine Stelle kam ein Zentrumsmann. Mit der Wirtschaftspartei zusammen führte das Zentrum diese „Spar"-Aktion durch, die die Bewohnerschaft von Krefeld zwingt, zwei volle Oberbürgermeistergehälter aufzubringen. Auch die Beigeordnetenposten wurden unter Zentrum und Wirtschaftspartei nur unter dem Gesichtspunkt der Parteizugehörigkeit aufgeteilt.

Die „Tremonia" hat s. Zt. die Personalpolitik des Zentrums in Krefeld ausdrücklich gebilligt. Sie treibt also eine Politik mit doppelter Moral. Im übrigen aber: Vom demokratischen Standpunkt aus — den die „Tremonia" doch angeblich auch anerkennt! — widerspricht die Forderung der Hannoverschen Sozialdemokraten nicht dem „natürlichen Rechtsempfinden", sondern ist von diesem getragen. Die Bürgerschaft hat sich für eine sozialdemokratische Mehrheit entschieden. Nach demokratischem Recht müßte dieser Entscheid auch Auswirkung haben auf den Senat. Ganz besonders dann, wenn die bürgerliche Mehrheit im Senat bewußt und mit voller Absicht den Mehrheitswillen mißachtet. Die „Tremonia" vergißt auch, mitzuteilen, daß die Hannoverschen Sozialdemokraten einen Abbau der kommunalen Spitzengehälter (die teilweise weit über den Dortmunder Sätzen liegen) forderte. Hier hätte die bürgerliche Mehrheit des Senats zeigen können, daß sie tatsächlich sparen will. Diese Anträge hat sie aber abgelehnt. Es ist deshalb unehrlich in höchstem Grade, wenn die Ablehnung der sozialdemokratischen Forderungen in Hannover von der „Tremonia" mit dem Willen zur Sparsamkeit begründet wird. Das ist nur Scheingrund. Die Absicht aber ist, man will die Stärkung der Einflußnahme der Sozialdemokratie im Senat verhindern und damit den Mehrheitswillen nicht zum Ausdruck kommen lassen, den die Hannoversche Bevölkerung bei den letzten Kommunalwahlen äußerte.

Das Eisenbahnunglück bei Buir

Lokomotivführer Nordhaus und Reichsbahnsekretär Fischer vor Gericht

Köln, 30. Juni. (Drahtmeldung.) Vor dem Erweiterten Schöffengericht begannen heute die Verhandlungen wegen des Eisenbahnunglücks bei Buir, das der Lokomotivführer Nordhaus und der Reichsbahnobersekretär Fischer verschuldet haben sollen. Es handelt sich um die Katastrophe vom 25. August vorigen Jahres, an welchem Tage der Schnellzug Paris—Warschau bei Buir verunglückte. 15 Personen wurden getötet, 56 verletzt. Dem Lokomotivführer Nordhaus wurde zunächst vorgeworfen, einen schriftlichen Befehl des Fahrdienstleiters Fischer, das Langsamfahren an der Unglücksstelle anordnete, nicht beachtet zu haben. Im Laufe der Untersuchung stellte sich jedoch heraus, daß Fischer dem Nordhaus einen falschen Befehl übergeben hatte. Deswegen wurde Fischer im Anklagezustand versetzt. Auch Nordhaus mußte unter Anklage gestellt werden, weil er ein Warnungssignal, dessen beide Flügel hochgerichtet waren, kurz vor der Unfallstelle übersehen hatte.

Als erster der beiden Angeklagten wurde Nordhaus vernommen. Er sagt aus, er sei am Unglückstage mit vier Minuten Verspätung von Aachen abgefahren und habe sich die größte Mühe gegeben, diese Verspätung wieder einzuholen. Er hat den Vorsteher mit dem grünen Vorsichtsbefehl gesehen; zu gleicher Zeit kam das Abfahrtsignal. Den Befehl bekam der Zugführer, der dem Lokomotivführer zurief: Nur 30 Kilometer! Er habe möglichst vor der Umbaustrecke die verlorene Zeit herausholen wollen. Die erste Weiche passierte ich, so schloß Nordhaus seine Aussage, dann fing die Maschine an zu schwanken und ich hatte noch das Gefühl, es geht gut; dann schlug die Maschine um. Ich verlor die Besinnung. Die Geschwindigkeit muß weit unter 80 Kilometer gewesen sein.

Der Verteidiger Frank-Dortmund wies darauf hin, daß die Anweisungsnummer 32 in Hamm am Brett nicht angeschlagen war. Solange dies nicht geschehe, so könne sie nicht als in Kraft getreten gelten. Er bitte um Vernehmung der in Hamm Verantwortlichen.

Auch der Staatsanwalt erklärte, daß das ein außerordentlich wesentlicher Punkt sei. Trotz alledem sei er überrascht, da der Angeklagte mehrmals gesagt habe, er habe die Dienstanweisung gelesen. Ein Werkstellenvorsteher aus Hamm wurde darauf informatorisch vernommen. Er solle die Personen angeben, die für die Erteilung der Dienstanweisung verantwortlich sind. Die Ladung dieser Zeugen wird angeordnet.

Aus der Aussage des angeklagten Fahrdienstleiters Fischer ist hervorzuheben, daß er seit 1905 in Dienst war und 1918 Fahrdienst übernahm, aber nur dreimal in jedem Jahr, zu Ostern, zu Pfingsten und zu Weihnachten. Im August, also in der Zeit des Unglücks, waren verschiedene Leute beurlaubt. Deshalb übernahm er wieder den Dienst. Am Donnerstag vor dem Unglück ging ein Telegramm ein, wonach Dienstanweisung 32 am Sonnabend in Kraft treten sollte. Dieses Telegramm gab er an den Fahrdienst weiter. Erst am Sonnabend wurde bekannt, daß er am Sonntag, dem Tag des Unglücks, den Fahrdienst hatte. Morgens bei der Dienstübergabe hat er auch das Dienstbefehlsbuch bekommen, aufgeschlagen mit der Dienstanweisung 32.

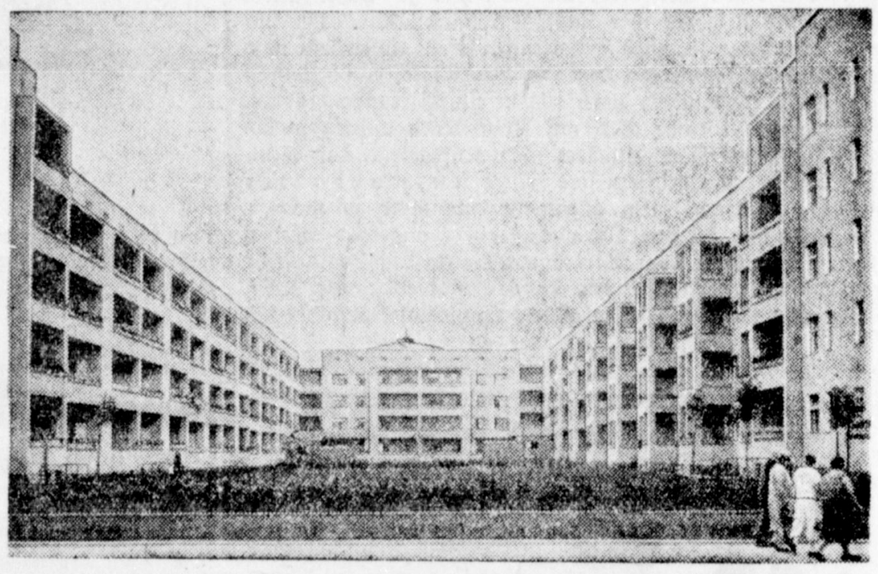
Nach Vernehmung eines Oberbahnsekretärs wurde die heutige Verhandlung geschlossen und Lokaltermin auf Dienstag 2,20 Uhr festgesetzt.

Schweres Unglück bei einer Hochzeit

Stargard (Mecklenburg), 30. Juni. Bei der am gestrigen Sonntag hier abgehaltenen Hochzeitsfeier des Zimmerers Gruhn ereignete sich ein folgenschwerer Unglücksfall. Der Bruder Gruhns hatte mit einem Kohlensäureapparat zuviel Kohlensäure in ein Bierfaß geleitet, als das überladene Faß plötzlich explodierte. Dem Gruhn wurde das Gesicht zerschmettert. Im Neustrelitzer Krankenhause erlag er noch in der Nacht seinen Verletzungen.

Verurteilter Mutterrächer

Vom Schwurgericht in Eichstätt (Bayern) wurde der 19 Jahre alte Gymnasiast Ortwin Ballmasch wegen Mordversuchs zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der junge Mann hatte in der Nacht zum 2. Februar auf den früheren Geliebten seiner Mutter, den Hotelbesitzer Mateis, einen Revolverschuß abgegeben, weil er der Meinung war, daß Mateis Beziehungen zu seiner Mutter deren Ehe zerstöre.



Im Nordosten der Reichshauptstadt ist ein neuer Wohnblock entstanden, der nach den Plänen des Architekten Bruno Taut errichtet wurde und über 1100 Wohnungen enthält. Zur Erinnerung an den Besieger des Kapp-Putsches, den verstorbenen früheren Führer der freien Gewerkschaften, erhielt dieser Neubau-Block den Namen „Wohnstadt Karl Legien." Blick in die Wohnstadt Karl Legien.

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

25) (Fortsetzung.)

„Ich hätte dich davon abgehalten!"

„Du hast doch auch an der Autofahrt nichts Besonderes gefunden!"

„Das ist etwas anderes — da war der Wagenführer mit. Aber ich habe es mir gleich gedacht, wie dieser Herr Kommerzienrat plötzlich seine Sympathie für uns entdeckt hat. Daß er nicht zu mir kam, sondern deinetwegen, das lag doch auf der Hand. Aber ich werde ihm meine Meinung sagen! Dich armes, unerfahrenes Kind konnte er freilich herumkriegen — was weißt du denn, wie das Leben ist und wie die Männer sind?" —

„Was weißt du denn davon, Mutter? Du lebst doch noch in der Zeit von vor vierzig Jahren, sonst könntest du wahrhaftig nichts so Furchtbares daran finden, daß Herr Dominique sich für mich interessiert, und daß ich ganz gerne mal eine Stunde mit ihm plaudere!"

„Interessiert! Interessiert! Das Interesse kennt man!"

„Und daß wir uns in einem Bumslokal treffen, ist auch nicht wahr. Das Kaffee Weber ist ein durchaus anständiges Lokal!"

„Das mag sein. Aber es schickt sich nicht. Der Kommerzienrat ist verheiratet, und du siehst doch, was die Leute von dir halten!"

„Du meinst doch nicht im Ernst, Mutter, daß ich mich um den anonymen Wisch hier irgendwie kümmern soll. Was irgendein boshafter Mensch, der es nicht einmal wagt, seinen Namen zu nennen, hinschmiert, das kann doch keinen Anspruch darauf erheben, als Meinung zu gelten!"

„Aber die Hauptsache ist doch wahr! Man trifft sich nicht mit einem fremden Menschen in einem öffentlichen Lokal!"

„Albert Dominique ist kein fremder Mensch für mich!"

Die Mutter sah Juscha entsetzt an. „Nun wirst du mir gleich noch sagen, daß er dich liebt und daß du ihn wieder liebst!"

„Und wenn es so wäre, Mutter?"

„Ja, um Gottes willen, Kind — hast du denn deinen Verstand verloren? Was willst du denn mit dem Kommerzienrat? Er ist doch verheiratet! Und wenn er es nicht wäre — glaubst du vielleicht, er würde dich zu seiner Frau machen? Hat er vielleicht die Absicht, sich deinetwegen von seiner Frau scheiden zu lassen?"

„Nein, Mutter, ich würde das auch niemals von ihm verlangen."

„Du setzest vielleicht auch noch eine Ehre darein, die Geliebte eines verheirateten Mannes zu werden?"

„Mutter, du siehst Gespenster! Es hat gar keinen Sinn, daß wir über diese Dinge weiter miteinander sprechen. Du verstehst das einfach nicht, daß es zwischen einem Mann und einem Mädchen auch Beziehungen geben kann, die weder ein Verbrechen sind noch auf eine schließliche Ehe hinauslaufen. Die Menschen von heute denken über diese Dinge anders als du! Du solltest dich nicht grämen, Mutter! Ich weiß ganz genau, was ich mir selber schuldig bin, und wenn ich Sympathien für Herrn Dominique habe, so brauchst du darin sicher nicht ich weiß nicht was zu sehen!"

„Du willst also noch weiter mit ihm zusammenkommen?"

„Warum denn nicht? Wenn du mir nicht traust — es steht dem gar nichts im Weg, daß du auch in das Café Weber kommst. Sei doch nicht unvernünftig, Mutter! Warum soll ich denn nicht mit einem Menschen zusammenkommen, mit dem ich mal von was anderem reden kann als von den Fleisch- und Butterpreisen? Ich hab doch wahrhaftig nicht so viel Vergnügen, daß du mir diese freundliche Stunde mißgönnen solltest!"

Der Tränenstrom der Mutter schien versiegt. „Du weißt natürlich, daß ich nicht in das Café gehen werde. Willst du mir das Versprechen geben, daß nichts — Ungehöriges zwischen euch vorkommt?"

„Aber selbstverständlich, Mutter!"

Die Rechnungsrätin sah noch eine Weile ein wenig verstört vor sich hin. „Hast du eine Ahnung, Juscha", sagte sie dann, „wer diesen schändlichen Brief geschrieben haben kann? Es muß doch jemand aus dem Hause gewesen sein!"

„Ach Mutter, das ist doch so gleichgültig! Laß diesen dummen Brief — es war wahrhaftig nicht wert, daß du dir seinetwegen eine traurige Stunde bereitet hast. Komm, wir wollen den Tee trinken!"

Getröstet war die Rechnungsrätin nicht; es wollte ihr nicht in den Sinn, daß ihre kleine Juscha sich nun mit dem Kommerzienrat traf, und daß Beziehungen zwischen den beiden bestanden, über deren Charakter sie sich nicht im klaren war. An sich fand sie es ja begreiflich, daß der Kommerzienrat sich für Juscha stark interessierte, denn sie wußte genau, daß ihre Tochter ein schönes Mädchen war. Aber wohin würden diese Beziehungen führen? Und ohne daß sie sich das selber eingestand, erblickte die Rechnungsrätin irgendwo in weiter Ferne so etwas wie eine leise Hoffnung, daß diese an sich bedenkliche Angelegenheit doch noch zu einem glücklichen Ende kommen werde. Unter einem glücklichen Ende aber verstand die alte Frau selbstverständlich, daß der Kommerzienrat die Bande, die ihn jetzt fesselten, lösen würde. Und wie ein fernes Schattenbild sah sie ihre Tochter als Braut an der Seite des Kommerzienrats.

Mit einem Seufzer setzte sie sich zu Tisch. „Sachen sind das, Kindchen, Sachen! Was man an einem jungen Mädchen erlebt! Und das soll nun eine bessere Zeit sein!"

Zwölftes Kapitel

Der Chauffeur Lutz Fink hatte das Haus in der Gutzkowstraße sehr ungern verlassen. Er war der Ueberzeugung, daß ihm vom Kommerzienrat Dominique bitteres Unrecht angetan worden war. Daß der alte Merten ihn denunziert hatte, das nahm er dem Mann nicht übel; er hatte ja schließlich Verständnis dafür, daß es dem verschrobenen alten Kauz nicht recht sein konnte, wenn seine Tochter ein aussichtsloses Verhältnis einging. Aber was ging diese Angelegenheit den Kommerzienrat Dominique an? War eine kleine Liebschaft ein Grund, jemanden hinauszuwerfen, mit dem man sonst zufrieden war? Dieser Kommerzienrat Dominique war offenbar ein richtiger Moralfatzke ohne jedes Verständnis für die Notwendigkeit des Lebens.

Schade, daß er sich an dem Mann nicht rächen konnte!

Aber geschenkt ist ihm das nicht, dachte Lutz Fink, als er seine Sachen packte. (Fortsetzung folgt.)

Heimwehr in München?

Soll Pabst sie organisieren?

Wien, 30. 6. 30 (Eig. Drahtbericht)

Wie das „Neue Wiener Tagblatt" sich aus München melden läßt, beabsichtigt Major Pabst sich in der nächsten Zeit in München niederzulassen. Er will nach dieser Meldung eine Organisation nach dem Muster der österreichischen Heimwehr begründen. Bestrebungen zur Schaffung solcher Organisationen (die einen Wiederaufbau der Einwohnerwehr unseligen Angedenkens gleichen würde) beständen in München schon seit längerer Zeit. Wieweit diese bereits gediehen wären, gehe daraus hervor, daß gewisse Kreise zur Zeit, als Treviranus in München weilte, eine Versammlung abgehalten haben, bei der die Münchener Heimwehr konstituiert worden sei. Als führenden Mann habe man Major Pabst in Aussicht genommen, dessen Organisationserfahrung man schätze. Noch vor der Ausweisung Pabsts aus Oesterreich hätten in Innsbruck Besprechungen über diesen bayerischen Plan stattgefunden. In Kreisen, die der österreichischen Regierung nahe stehen, wird erneut darauf hingewiesen, daß eine Zurücknahme des Ausweisungsbefehls gegen Pabst unmöglich sei. Es wird ihm lediglich im Herbst gestattet werden, sich drei Tage lang zur Regelung persönlicher Angelegenheiten in Innsbruck aufzuhalten und auch dies nur unter Leistung besonderer Garantien durch die Heimwehr. In den rechtsradikalen Kreisen Oesterreichs berät man über die Frage, ob man bei den kommenden Wahlen nach dem Muster der deutschen Nationalsozialisten eine Heimwehrpartei gründen oder wie bisher den Vorspann für das Bürgertum bilden solle.

Politische Zusammenstöße in Breslau

Breslau, 30. Juni. (Drahtmeldung.) Nach der Befreiungsfeier, die die hiesige Garnison mit einem Zapfenstreich auf dem Platz der Republik festlich beging, kam es zu Zusammenstößen zwischen etwa 2000 Nationalsozialisten, die singend und rufend durch die Stadt zogen und der Polizei. — Die Zahl der Verletzten und Festgenommenen steht noch nicht fest.

Nochmals Uralzeff

Sachlich höchst bedenkliche Praktiken des deutschnationalen Abgeordneten Kaufhold

Berlin, 30. Juni. (Eig. Drahtber.)

In der Montagsitzung des Raiffeisen-Untersuchungsausschusses wies der Abgeordnete Jürgensen (Soz.) auf die Pressemeldungen hin, die im Anschluß an die Verhaftung des Russen Uralzeff erschienen sind und Geheimkaufverhandlungen zwischen dem deutschnationalen Abg. Kaufhold und Uralzeff über Belastungsmaterial gegen die Raiffeisendirektion behaupten. Eine Klärung dieser Angelegenheit sei notwendig. Diese Anregung wurde von verschiedenen Seiten unterstützt. Aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen hat der stellvertretende Vorsitzende Leinert während dieser Besprechungen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. In der nicht öffentlichen Sitzung erklärte der Abg. Kaufhold, daß er in dieser Angelegenheit bereits eine Richtigstellung an die Presse gesandt habe. Er stellte alsdann den Sachverhalt dar. Im Februar ds. Js. sei Uralzeff an ihn herangetreten mit der Behauptung, daß ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt in Kassel Material gegen die Raiffeisendirektion sammele. Aufgefordert, hierfür Beweise zu erbringen, habe Uralzeff ein höchst merkwürdiges Schreiben des Rechtsanwalts vorgelegt, von dem er, Kaufhold, annehme, daß es gefälscht gewesen sei. In dem Schreiben habe nur gestanden, daß der Rechtsanwalt nicht als solcher, sondern als Privatmann gegen Provision die angeblichen Ansprüche Uralzeffs gegen die Raiffeisenbank vertreten wolle. Dann sei Uralzeff mit der Behauptung hervorgetreten, daß er belastendes Material gegen die Raiffeisen-Prokuristen Krause und Lange besäße. Kaufhold habe ihm darauf erwidert: Wenn dieses Material dazu führen könne, von den genannten Prokuristen Bestechungssummen für die Raiffeisenbank zurückfordern zu können, so werde die Raiffeisenbank in der Angelegenheit der noch nicht verkauften Radeberger Fabrik „Orion" dem Uralzeff Entgegenkommen beweisen. Andere Versprechungen habe er dem Uralzeff nicht gemacht. Uralzeff habe daraufhin ein Material vorgelegt, daß keinen Beweiswert gegen Lange und Krause gehabt habe, nämlich Kopien von ihm selber geschriebener Briefe, in denen er Uralzeff den Prokuristen angeblich erhal[illegible]ne Bestechungssummen vorhält. Diese Briefe habe Kaufhold an [illegible] den Syndikus der Raiffeisenbank, Rechtsanwalt Pies, we[illegible]ergeleitet. Jetzt habe sie die Kriminalpolizei. Uralzeff hat dann nichts weiter von sich hören lassen. Er sei dann aber bei einigen seiner alten Gläubiger gewesen und habe ihnen gef[illegible]lschte notarielle Urkunden mit der angeblichen Unterschrift Kau[illegible]holds vorgelegt, in denen dieser dem Uralzeff in einem Fal[illegible]e 45 000, bei einer zweiten Urkunde 125 000, bei einer dritten 250 000 und schließlich sogar 750 000 Mark für sein Material anbietet. Tatsächlich haben sich Leute — obendrein bereits von Uralzeff geschädigte Personen — gefunden, die ihm auf diese Urkunden hin erneut Vorschüsse gegeben haben. So ein Herr Riedel 10 000 Mark und ein Herr Pinkus 6000 Mark, ein dritter Herr 1000 Mark.

Der stellvertretende Vorsitzende Leinert stellte fest, als im Februar 1930 Herr Kaufhold mit Uralzeff wegen des Materials verhandelte, der Untersuchungsausschuß seine Arbeiten in der Raiffeisensache noch nicht abgeschlossen hatte. Eine Rechtsverpflichtung des Abgeordneten, privat erlangtes Material dem Ausschuß zuzuleiten, bestände nicht. Im übrigen sei durch die Berichterstattung an das Plenum und durch die Beschlußfassung des Landtages der Ausschuß nicht mehr in der Lage, das Thema Raiffeisen noch sachlich zu behandeln, ehe er vom Landtag einen neuen Auftrag erhalte.

Der Ausschuß stimmte dieser Auffassung bei. Die Angelegenheit Kaufhold-Uralzeff dürfte mit der oben wiedergegebenen Erklärung Kaufholds zunächst erledigt sein. Wenn auch vielleicht rechtlich zulässig, so ist es doch sachlich höchst bedenklich, daß ein Mitglied eines Untersuchungsausschusses während der Dauer der Verhandlungen sich von einem Hauptzeugen Belastungsmaterial aushändigen läßt, ohne daß der übrige Ausschuß davon erfährt. Die Bedeutung der Angelegnheit wird nur dadurch herabgemindert, daß das von Uralzeff gegebene Material wertlos war, aber sicher hat Herr Kaufhold nicht auf wertloses, sondern auf wertvolles Material spekuliert, als er mit Uralzeff verhandelte.

Der kommunistische Bettelsack geht um

Eisleben, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Wie einige Zahlstellen des Verbandes der Bergbau-Industrie-Arbeiter — nicht Mansfelder, sondern aus anderen Revieren — melden, werden Sammlungen für die Streikenden veranstaltet. Es kann sich dabei nur um kommunistische Sammlungen handeln. Die Gewerkschaften haben damit nichts zu tun und fordern ihre Mitglieder auf, sich nicht zu beteiligen. Für die Töpfe der Moskauer I. A. H. sind die Bergarbeitergroschen zu schade. Bettelsuppen sind erfahrungsgemäß die teuersten Suppen. Die Küche, in der diese Suppe hergestellt wird, arbeitet am allerwenigsten umsonst.

Erhebende Befreiungsfeier

Otto Braun in Wiesbaden

Wiesbaden, 1. Juli. (Drahtmeldung.) Heute nacht 12 Uhr, mit dem Anbruch der ersten Stunde des Tages, an dem die bisher besetzten Gebiete ihre Freiheit wieder erlangt haben, versammelte sich in Wiesbaden unter freiem Himmel die Bevölkerung zu einer großen Befreiungsfeier. Nach der Ansprache des Wiesbadener Oberbürgermeisters sprach der

Ministerpräsident Dr. Braun.

Er führte dabei u. a. aus: „Zur Zeit steht uns allen nicht der Sinn nach lauten Feiern. Aber in dieser denkwürdigen Stunde, da für die schöne Kurstadt Wiesbaden und das herrliche nassauische Land eine mehr als elfjährige Besetzung zu Ende geht, hat die Begeisterung und Freude, die Ihrer aller Herzen füllt, ihr Recht. Die Staatsregierung empfindet diese dankbare Freude auf das Herzlichste mit Ihnen allen.

Ja, ich bin gewiß, daß die Friedensfreunde ganz Europas unsere Freude mit uns teilen und mit uns hoffen, daß heute Methoden für immer ihren Abschluß fanden, die ein Hemmschuh für den europäischen Frieden waren.

Die Zeit, unter die wir heute einen Schlußstrich ziehen, hat auf Wiesbaden, wie auf dem ganzen besetzten Gebiet schwer gelastet. Umso heller erstrahlt die Treue des nassauischenn Landes zum deutschen Vaterlande und zum neuen Staat. Sie hat in dieser Zeit die Feuerprobe bestanden. Die Erinnerung an die tapfere, vaterländische und treue Haltung des besetzten Gebietes wird uns immer lebendig sein und wird ein Vorbild für ganz Deutschland bleiben. Dieser Ihrer Treue und Ihrer Vaterlandsliebe gedenkt die preußische Staatsregierung in dieser Stunde mit höchster Anerkennung und wärmsten Dank. Wie sie auch mit Dankbarkeit der Staatsmänner gedenkt, deren Politik wir es verdanken, daß wir schon heute die langersehnte Befreiungsstunde feiern können.

Freilich ein Wermutstropfen fällt in unseren Freudenbecher; ein Stachel bleibt zurück:

Unsere Volksgenossen an der Saar können noch nicht mit uns feiern. Wir hoffen, daß bald auch unsere deutschen Brüder an der Saar ihrer Freude über die Wiedervereinigung mit ihrem Vaterlande Ausdruck geben können.

Noch haben wir einen langen schweren Weg des Wiederaufbaus vor uns. Die Räumung war ja nur ein Schritt auf diesem Wege. Es bleibt uns noch unendlich viel zu tun, bis wir die Folgen des zerstörenden Krieges überstanden haben. Aber ich habe in dieser Stunde ein Bitte: Nehmen Sie aus den vergangenen Jahren und aus dieser festlichen Stunde dieses festliche Gefühl der Verbundenheit, nehmen Sie die Achtung vor der ehrlichen Ueberzeugung anderer mit in den Alltag der mühevollen Kleinarbeit. Möge das besetzte Gebiet auch darin ein Vorbild für das ganze Volk sein.

Zwangssyndikat

für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau

Das Reichswirtschaftsministerium hat durch den Staatssekretär Trendelenburg das Zwangssyndikat für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau verfügt. Der Vertrag hat eine Dauer von 10 Jahren. Es ist zum ersten Mal, daß ein Zwangssyndikat von längerer Zeit für Rheinland und Westfalen in Kraft tritt. Die alten Bestimmungen waren am 1. April abgelaufen, ohne daß eine freiwillige Einigung der Gruben erfolgen konnte. So drohte die syndikatlose Zeit, die beim rheinisch-westfälischen Bergbau einen hemmungslosen Konkurrenzkampf ausgelöst hätte, die dieser gerade jetzt angesichts einer nicht besonders befriedigenden Situation am wenigsten vertragen könnte. Die großen, in übermächtigen Trusts und Konzernen organisierten Gruben, wurden sich schnell einig. Sie waren immerhin aber nur 90 Prozent der Leistungsfähigkeit. Die restlichen 10 % fielen auf kleinere Unternehmungen, so auf die Gewerkschaft Friedrich der Große, auf den Mansfelder Konzern, auf die Dessauer Kontinentalgesellsch., Deutsche Erdöl usw. Die Kleinen hätten selbstverständlich den Wunsch nach größeren Beteiligungen, der vielfach, wie im Mansfeldkonzern, berechtigt ist. Sie hatten aber bei den Großen keinen Erfolg. Noch in voriger Woche fand eine Verhandlung statt, durch die Mansfeld (dem eine Erhöhung seiner Beteiligung um 100 000 Tonnen zugestanden wurde,) die Dessauer Kontinental und Friedrich der Große für die freiwillige Einigung gewonnen wurden. Das waren aber nur 94 Prozent der Leistungsfähigkeit.

Weil die Großen nun den Kleinen Zugeständnisse gemacht haben, kam auch die Hanielgruppe unter Führung des Generaldirektors Reusch und zog ihre Unterschrift zurück. Die Opposition der Reuschgruppe erklärt sich also nicht aus einer Abneigung gegen die Syndikatizierung, sondern weil man den Kleinen Konzessionen machte. In dieser Situation blieb nur der Zwangsvertrag übrig. Solange der jetzige Reichsfinanzminister Dietrich das Reichswirtschaftsministerium führte, hielt sich dieser unbegreiflicherweise zurück. Erst als Dietrich zum Reichsfinanzminister überwechselte, war der Weg offen für die Zwangssyndikatisierung. Sie wurde vom Staatssekretär Trendelenburg, der gegenwärtig den Reichswirtschaftsminister vertritt, vollzogen.

Demonstration in Mansfeld

Treu zum Bergbauindustriearbeiterverband

Eisleben, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Kommunisten haben seit Wochen in ihrer Presse, in Flugblättern und Versammlungen den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob der Streik im Mansfelder Gebiet von ihnen geführt würde. Wie wenig an diesen Prahlereien ist, bewies eine Demonstration, die am Montag veranstaltet wurde. Aus dem ganzen Streikgebiet waren fast alle Streikenden dem Rufe der Gewerkschaften gefolgt. Ein imposanter Demonstrationszug bewegte sich von Helbra durch die Grunddörfer nach Eisleben. In mustergültiger Ordnung und Disziplin erfolgte der Aufmarsch auf dem Marktplatz in Eisleben, der von den Massen restlos ausgefüllt wurde. Zehntausende Mansfelder hatten sich vereinigt, in einer machtvollen Kundgebung ihre Ansicht über das Lohndiktat von Mansfeld kundzutun. Der Vorsitzende des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands,

Reichstagsabg. Hulemann

sprach zu den Versammelten über die Ursachen und den Verlauf des Abwehrkampfes und wandte sich entschieden gegen die Absicht der Mansfeld A.-G. und das Unternehmertums, durch einen allgemeinen Lohnabbau die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Durch einen allgemeinen Lohnabbau würde die Kaufkraft weiter Kreise sinken und dadurch die Krise nur noch schlimmer werden. Kommunistische Störungsversuche beim Abmarsch, die durch die Polizei unterdrückt wurden, konnten den mächtigen Eindruck des Massenaufmarsches der Gewerkschaften nicht beeinträchtigen. Die Demonstration hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Einfluß der KPD. im Mansfelder Bergbau-Gebiet gleich Null ist.

Eisenbahnkatastrophe

Moskau, 30. Juni. Ein von Irkutsk kommender Personenzug entgleiste infolge falscher Weichenstellung kurz vor Leningrad. Die Lokomotive, sowie mehrere Waggons wurden vollkommen zertrümmert. 23 Personen kamen bei dem Unglück ums Leben, 28 wurden verletzt.

Absturz eines französischen Militärflugzeuges

Paris, 30. Juni. (Drahtmeldung.) Heute nachmittag stürzte bei Chartres ein Militärflugzeug ab. Die beiden Insassen, zwei Hauptleute, fanden den Tod.

Wirtschaft

Ruhrwohnungsbau-A.-G., Dortmund-Hörde

Die Gesellschaft, an der die Montankonzerne des Ruhrgebiets beteiligt sind, vereinnahmte im Geschäftsjahr 1929 aus Mieten 2 185 177 (i. V. Umlage auf Wohngebäude im Bau 49 334). Der Zinsendienst erforderte 1 634 934, Verwaltungskosten 317 544 RM., Steuern 81 065 RM., Abschreibungen auf fertige Wohnungen 38 855 RM., es verbleibt ein Reingewinn von 112 777 RM

Wer sagt Ihnen denn.....

daß Sie für einen guten Anzug 100.- Mk. und mehr anlegen müssen? — Kommen Sie zu uns, wir belehren Sie eines Besseren. Bei uns finden Sie eine Riesenauswahl eleganter Anzüge in mittleren und billigen Preislagen. Dabei ist jedes Stück wirklich gut verarbeitet und für die Qualität bürgt die jahrzehntelange Erfahrung unseres Hauses.

Ebenso schön u. preiswert bieten wir Ihnen moderne Mäntel in reichster Auswahl

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Moderne Anzüge bei uns nur auf Roßhaar gearbeitet, tragfähige Qualitäten . . **18.-**

Aparte Anzüge bei uns nur in glatt, schön gemustert, Qualitäten u. modernsten Formen 35.- **28.-**

Elegante Anzüge bei uns nur zum Teil rein Kammgarn, blau und schöne ausgewählte Dessins . . 48.- **45.-**

Hochelegante Anzüge bei uns nur rein Kammgarn, besond. gut verarbeitet, nur ganz solide Qualität 75.-, 85.- **59.-**

Overbeck & Weller

Gelsenkirchen, Bahnhofstraße, Ecke Ahstr.

Nachruf!

Am 24. Juni 1930 starb nach läng. Krankheit im 48. Lebensjahre die

Lehrerin

Fräulein Auguste Gand

Seit dem 16. 11. 1925 im hiesigen Schuldienst tätig, hat sich die Verstorbene mit ihrem ganzen Können in den Dienst der Schule gestellt und in vorbildlicher Weise die Erziehung der ihr anvertrauten Jugend zu fördern gewußt. Die Liebe und Dankbarkeit ihrer Schüler und Schülerinnen und deren Eltern sind ihr über das Grab hinaus gesichert.

Wir bedauern aufrichtig den Verlust dieser verdienten Lehrerin.

Ihr Andenken wird mir stets in Ehren bleiben.

Der Vorsitzende der Stadtschuldeputation.



BÜCHER

in allen Preislagen in unserer Buchhandlung, Ringstraße 33

Plakate in moderner Ausführung liefert preiswert **Druckerei „Volkswille"**

Gelsenkirchen.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1930 ab ist im Schlachthof Gelsenkirchen eine Zollabfertigungsstelle mit Einklarierungsstelle für den Bereich der Stadtgemeinden Gelsenkirchen, Wattenscheid und Gladbeck errichtet worden.

Der Hebebezirk der Zollabfertigungsstelle Gelsenkirchen Schlachthof erstreckt sich auf die im Schlachthof vorzunehmenden Zollabfertigungen.

Bochum, den 30. Juni 1930.

1586 **Hauptzollamt.**

Gelsenkirchen.

Bekanntmachung.

Für den am 1. Juli 1930 ausscheidenden Trichinenschauer R. Wegener, Hofeldtstraße 76 übernimmt der Trichinenschauer Johann Kemper, Querstraße 14, den Trichinenschaubezirk Beckhausen.

Gelsenkirchen, den 27. Juni 1930.

1587 **Der Oberbürgermeister.**

Gelsenkirchen.

Bekanntmachung.

Die Fluchtlinienänderungen:

a) für die verlängerte Cheruskerstraße zwischen Germanen- und Hedwigstraße,
b) für die östliche Einmündung der Straße „Auf dem Bettau" in die Hüttenstraße,
c) für die südliche Fluchtlinie der Wannerstraße gegenüber der Schützen- und Bulmkerstraß

sind festgesetzt. Die Pläne darüber liegen gemäß § 7 des Straßen- und Baufluchtliniengesetzes vom 2. 7. 75 vom 3. Juli bis 31. Juli 1930 auf dem städtischen Vermessungsamt — Hans-Sachs-Haus — Zimmer 500, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen.

Einwendungen dagegen können nur während dieser Zeit dort zur Niederschrift gegeben oder schriftlich beim Bürgermeisteramt angebracht werden.

Der Fluchtlinienplan der Agatha- und Luziagasse ist, nachdem die dagegen erhobenen Einsprüche durch den Verbandsrat des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk zurückgewiesen sind, förmlich festgestellt.

Er liegt in der Plankammer des städt. Vermessungsamtes — Hans-Sachs-Haus, Zimmer 500 — während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen.

Gelsenkirchen, den 28. Juni 1930.

1583 **Der Oberbürgermeister.**

Schafwolle

Eintausch und Verarbeitung, Stoffe — Garne Strickwaren

G. A. Michel

Bahnhofstr. 12

Ich habe meine Büroräume von der Bahnhofstraße 76, I., nach

Munckelstraße 25

Ecke Overwegstraße verlegt

S. Windmüller

Rechtsanwalt und Notar

Fernruf Sammel-Nummer 25345

§ 8

unserer Vertragsbedingungen lautet:

Die Lieferfirma versichert den Besteller auf ihre Kosten bei einem konzess. Versicherungsunternehmen in Höhe der zur Zeit des Ablebens des Bestellers noch zu zahlende Restsumme, sodaß demnach im Todesfalle des Bestellers die Verpflichtung der Erben des Bestellers zur Zahlung der noch ausstehenden Raten entfällt

Wer?

bietet Ihnen noch solche Vorteile?

Nur

das MOEBELHAUS

L. Spottheim

Gelsenkirchen, Arminstr. 13 (im Neubau

Alleinige Verkaufsstelle der Allcredo-Möbel für den Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen

Ein Versuch genügt, um sich zu überzeugen!

Kommt, wir erwarten Euch!

GELSENKIRCHEN-BUER

Frauengruppe Gelsenkirchen.

Mittwoch, nachmittags ab 3 Uhr: Handarbeitsstunde im August-Bebel-Haus.

JUGEND-VERANSTALTUNGEN

SAJ., Gelsenkirchen.

Aelterengruppe.

Heute, Dienstag, pünktlich 20 Uhr, im August-Bebel-Haus: Zusammenkunft. Der Genosse Karl Böhm aus Buer spricht über unsere Arbeit in der Aelteren- und Jüngeren-Gruppe. Auch die jüngeren Funktionäre müssen erscheinen.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen-Buer

Gruppe Bismarck:

Am Dienstag, dem 1. Juli, um 15 Uhr, treffen wir uns zu einem Spaziergang in den Hertener Wald an der Bismarckschule.

Gruppe Mitte:

Heute, Dienstag, morgens um 7 Uhr, treffen wir uns am August-Bebel-Haus. Schwimmzeug und 10 Pf. mitbringen. Wir gehen nach Bad Grimberg.

Am Mittwoch, dem 2. Juli, um 18 Uhr, kommen wir im August-Bebel-Haus zusammen.

Gruppe Hüllen:

Heute, Dienstag, gehen wir zum Schwimmen nach Grimberg. Wir treffen uns um 7 Uhr ar der Bosseschule. 10 Pf. mitbringen.

Am Donnerstag, dem 3. Juli, kommen wir um 15 Uhr in der Bosseschule zusammen.

Gruppe Rotthausen (Jungfalken):

Wir kommen am Dienstag, dem 1. Juli, und Donnerstag, dem 3. Juli, um 16 Uhr, im Volkshaus zusammen.

Rote Falken: Wir kommen heute, Dienstag, und am Donnerstag, dem 3. Juli, um 19.30 Uhr im Volkshaus zusammen.

Am Samstag, dem 5. Juli, treffen wir uns um 15.30 Uhr am Volkshaus zum Fußballspiel gegen die Ueckendorfer und gehen zur Almaschule.

Gruppe Schalke:

Jungfalken: Wir kommen am Mittwoch, dem 2. Juli, um 16 Uhr, zusammen.

Rote Falken: Wir spielen am Mittwoch, dem 2. Juli, um 17.30 Uhr gegen die Ueckendorfer Fußball. Alle müssen pünktlich da sein. Auf unserem Platz.

Heute, Dienstag, und Freitag, den 4. Juli, kommen wir um 19.30 Uhr im Volkshaus zusammen.

Gruppe Ueckendorf:

Jungfalken: Wir kommen heute, Dienstag, um 18 Uhr, in der Almaschule zusammen.

Rote Falken: Am Mittwoch, dem 2. Juli, um 17.30 Uhr, spielen wir gegen die Schalker und am Samstag, dem 5. Juli, um 16 Uhr, spielen wir gegen die Rotthauser Fußball. Am Mittwoch treffen wir uns um 17 Uhr am Hauptbahnhof. Von dort gehen wir zur Lessingschule. Am Mittwoch, um 19.30 Uhr, kommen wir in der Almaschule zusammen.

Junghelfergruppe: Zusammenkunft am Freitag, dem 4. Juli, 20 Uhr, im August-Bebel-Haus. Seid alle zur Stelle.

Helferkreis: Am Donnerstag, dem 3. Juli, um 20 Uhr, wichtige Zusammenkunft im August-Bebel-Haus. U. a. Bericht von der Unterbezirksvorstandssitzung.

Gruppe Ueckendorf:

Heute, Dienstag, mittags um 1 Uhr, versammeln wir uns an der Rhein-Elbe-Bahn. Wir gehen zum Freibad Grimberg. 10 Pf. mitbringen.

ORTSAUSSCHUSS FÜR ARBEITERWOHLFAHRT GELSENKIRCHEN-BUER

Kinder-Ferienaufenthalt in Stausee bei Haltern.

Wie alljährlich, so wird auch in diesem Jahre die Arbeiterwohlfahrt einer Anzahl Kinder in den Ferien eine achttägige Erholungszeit ermöglichen, und zwar in der Jugendherberge Stausee in Haltern.

Anmeldungen hierzu müssen jetzt erfolgen, und zwar:

Für Gelsenkirchen:

In allen Kinderfreundegruppen und im August-Bebel-Haus.

Für Buer:

Mitte: Genosse Brune, Lindenstraße 9.
Erle: Genosse Kasperek, Auguststraße 14.
Hassel: Genosse Wels, Bennackerstraße 12.
Scholven: Genosse Bartsch, Feldhauser Straße.
Beckhausen: Genossin Symanek, Karnaper Straße 4.
Resse: Genosse Trentowski, Luisenstraße 14.
Bülse: Genossin Schories, Bülsestraße 9.

Für Horst:

Genossin Biller, Schulstraße 13.
Genossin Michalski, Kampstraße 22;

außerdem in den Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt, die an jedem Donnerstag, von 15 bis 18 Uhr, in der Wirtschaft Beckmann, Markenstraße, stattfinden.

Alles Nähere ist in den Meldestellen zu erfahren.